

Landschaftsverband Rheinland

Lagebericht
zum Jahresabschluss für das
Haushaltsjahr 2007

§ 95 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GO NRW) in Verbindung mit § 37 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO NRW) bestimmt, dass die Gemeinde zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen hat, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Haushaltsjahres nachzuweisen ist. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Ihm ist ein Lagebericht gemäß § 48 GemHVO NRW beizufügen.

Der Lagebericht soll einen Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Haushaltsjahr geben. Er ist so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune vermittelt wird. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der kommunalen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune zu enthalten. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Kommune einzugehen. Die hierbei zu Grunde liegenden Annahmen sind anzugeben.

Der Lagebericht gliedert sich dementsprechend in drei Teile:

- Allgemeiner Teil
- Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage
- Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Landschaftsverbandes Rheinland

A. Allgemeiner Teil

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) arbeitet als Kommunalverband mit rund 14.000 Beschäftigten für die etwa 9,6 Millionen Menschen im Rheinland. Mit seinen 39 Förderschulen, zehn Krankenhäusern, fünf Museen und seinem Heilpädagogischem Netzwerk sowie als größter Leistungsträger für Menschen mit Behinderungen in Deutschland erfüllt der LVR Aufgaben in der Behinderten- und Jugendhilfe, in der Psychiatrie und der Kultur, die rheinlandweit wahrgenommen werden. Die 14 kreisfreien Städte und 13 Kreise im Gebiet Nordrhein sind die Mitgliedskörperschaften des LVR.

Die produktorientierte Darstellung erfolgt in 11 Produktbereichen und insgesamt 56 Produktgruppen. Mit der Übernahme der Aufgaben des Sozialen Entschädigungsrechts zum 01.01.2008 kommt eine weitere Produktgruppe hinzu. In Produktdarstellungen werden Ziele, Leistungsmengen und Kennzahlen von insgesamt 136 Produkten formuliert.

Produktbereich	Produktgruppe
01 Innere Verwaltung	014 Gebäude- und Liegenschaftsmanagement
	037 Dezentraler Service- und Steuerungsdienst Dez. 0 und 2
	038 Finanzmanagement
	042 Finanzbuchhaltung
	043 Politische Gremien
	044 Verwaltungsführung
	045 Gleichstellung von Frau und Mann
	046 Rechnungsprüfung
	047 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
	067 Arbeitssicherheit, Brandschutz, Betr. Gesundheitsschutz
	068 Dezentraler Service- und Steuerungsdienst Dez. 1 und 3
	069 Organisationsmanagement
	070 Zentrale Dienste
	071 Personalmanagement
072 Recht	
02 Sicherheit und Ordnung	039 Statistik
03 Schulträgeraufgaben	015 Medienzentrum Rheinland
	054 Dezentraler Service- und Steuerungsdienst
	055 Bereitstellung schulischer Einrichtungen
	056 Bereitstellung und Betrieb von Internaten
	057 Berufskolleg des LVR
04 Kultur und Wissenschaft	018 Rheinisches Landesmuseum Bonn
	021 Rheinisches Industriemuseum Oberhausen
	022 Archäologischer Park Xanten
	023 Bergisches Freilichtmuseum Lindlar
	024 Rheinisches Freilichtmuseum Kommern
	025 Kulturförderung und -veranstaltungen
	026 Rheinisches Archiv- und Museumsamt
	027 Amt für Rheinische Landeskunde
	028 Dezentrale Service-/Steuerungsdienste
	032 Kulturlandschaftspflege
033 Ehemalige Synagoge Titz	
Produktbereich	Produktgruppe
05 Soziale Leistungen	016 Dezentraler Service – Soziale Hilfen
	017 Leistungen für Menschen mit Behinderungen; pflegebedürftig Menschen und Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten
	034 Leistungen des LVR zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für schwerbehinderte und gleichgestellte behinderte Menschen
	035 Kriegsopferfürsorge
	040 Vergütungsreg. für stat. Einricht. (Pflegesatzkommission)
	041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für schwerbehinderte und gleichgestellte behinderte Menschen
	058 Netzwerk Heilpädagogischer Hilfen des LVR
	074 Leistungen zur vorschulischen Bildung
	075 Soziales Entschädigungsrecht
06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	049 Dezentraler Service- und Steuerungsdienst
	050 Erzieherische Hilfen
	051 Hilfen für Kinder und Familien
	052 Jugendförderung und übergreifende Aufgaben
07 Gesundheitsdienste und Altenpflege	059 Dezentraler Service- und Steuerungsdienst
	060 Rheinische Kliniken und Servicebetriebe
	061 Maßregelvollzug
	062 Psychiatrische Versorgung im Rheinland
	063 Landesbetreuungsamt
	064 Fort- und Weiterbildung durch das RIPS
065 Altenpflege	
10 Bauen und Wohnen	029 Denkmalpflege
	031 Bodendenkmalpflege
14 Umweltschutz	036 Umweltschutz
15 Wirtschaft und Tourismus	073 Beteiligungen
16 Allgemeine Finanzwirtschaft	048 Allgemeine Finanzwirtschaft

B. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

1. Geschäftsverlauf

Das Haushaltsjahr 2007 schließt mit einem Überschuss in der Ergebnisrechnung in Höhe von **31.985.704 Euro** ab. Dieses Ergebnis ist insbesondere zurückzuführen auf

- Mehrerträge im Bereich der Sozialhilfe sowie
- Minderaufwendungen beim Personalaufwand, bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie beim Transferaufwand.

Ein Jahresüberschuss kann nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften entweder der allgemeinen Rücklage oder der Ausgleichsrücklage zugeführt werden. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass die Ausgleichsrücklage die Maximalgrenzen des § 75 Abs. 3 GO NRW nicht überschreitet. Anders als im Handelsgesetzbuch (HGB) sieht die Bilanzgliederung des § 41 GemHVO keine Bilanzposition „Gewinn-/Verlustvortrag“ vor. Gewinn- und Verlustvorträge sind im NKF daher nicht möglich.

In kommunalen Jahresabschlüssen ist zunächst der entstandene Jahresüberschuss/-fehlbetrag darzustellen. Über dessen Verwendung bzw. Behandlung entscheiden die zuständigen politischen Gremien bis spätestens zum 31.12. des Folgejahres (§ 96 Abs. 1 GO NRW). Die Umsetzung der buchtechnischen Verwendung bzw. Behandlung (Zuführung zu bzw. Entnahme aus den Rücklagen) erfolgt dann im Rahmen der Abschlussarbeiten des folgenden Haushaltsjahres.

Der in 2007 entstandene Jahresüberschuss ist aufgrund der Vorgaben des § 75 Abs. 3 GO NRW der allgemeinen Rücklage zuzuführen. Der Landschaftsversammlung Rheinland wird ein entsprechender Beschlussvorschlag unterbreitet.

2. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

2.1 Ergebnisrechnung

2.1.1 Erläuterungen zu einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten

2.1.1.1 Ordentliche Erträge

2.1.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Die Zuwendungen und allgemeine Umlagen stellen mit 2.112,9 Mio. Euro die wichtigsten Ertragsarten des LVR dar.

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die Landschaftsumlage (1.847 Mio. Euro) sowie die Schlüsselzuweisungen (228,6 Mio. Euro). Darüber hinaus sind Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (17,6 Mio. Euro) sowie Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (20,8 Mio. Euro) enthalten.

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten setzen sich wie folgt zusammen:

- vom Bund, 169.122 Euro
- vom Land, 20.554.695 Euro
- von Gemeinden/Gemeindeverbänden, 66.374 Euro
- von privaten Unternehmen, 12.894 Euro

In den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten vom Land enthalten ist die Investitionspauschale Eingliederungshilfe (17 Mio. Euro), die nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) gewährt wird.

Der Plan – Ist – Vergleich stellt sich wie folgt dar:

Kontengruppe bzw. Kontenart	Bezeichnung	Plan 2007 Betrag in €	Ergebnis 2007 Betrag in €	Differenz Betrag in €
411	Schlüsselzuweisungen (PG 048)	228.615.923	228.615.923	0
414	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	24.100.542	17.669.545	-6.430.997
416	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (PG 014, 017 und 070)	20.398.573	20.803.087	404.514
417	Allgemeine Umlagen (PG 048)	1.847.465.225	1.847.465.935	710
41	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.120.580.263	2.114.554.490	-6.025.773

2.1.1.1.2 Sonstige Transfererträge

Unter den sonstigen Transfererträgen werden der Ersatz von sozialen Leistungen in und außerhalb von Einrichtungen sowie Schuldendiensthilfen erfasst.

Die sonstigen Transfererträge betragen insgesamt 280,5 Mio. Euro.

Diese Erträge betreffen die Sozialhilfe, die Kriegspferfürsorge sowie die Ausgleichsabgabe. Es handelt sich insbesondere um

- übergeleitete Renten/Versorgungsansprüche
- Leistungen der Pflegeversicherung
- Wohngeld
- Kostenbeiträge
- Ansprüche Unterhaltspflichtiger
- Kindergeld sowie
- Ausgleichsabgabe.

Gegenüber dem Haushaltsplan 2007 ergeben sich Mehrerträge in Höhe von 33,9 Mio. Euro (Plan 2007: 246,6 Mio. Euro). Diese resultieren insbesondere aus Kindergeldnachzahlungen – durch eine relativ zeitnahe Umsetzung der höchstrichterlichen Rechtsprechung aus dem Jahr 2006 -, aus Nachzahlungen der Wohngeldstellen durch Umsetzung des 9. Gesetzes zur Änderung des Wohngeldrechts sowie aus Leistungen der Pflegekassen nach dem SGB XI.

2.1.1.1.3 Privatrechtliche Leistungsentgelte

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte belaufen sich im Haushaltsjahr 2007 auf insgesamt 19,6 Mio. Euro.

Sie umfassen insbesondere Miet- und Pächterträge, Erträge aus Verkauf, Erträge aus Eintrittsgeldern sowie Erträge aus Dienstleistungen für Dritte (bspw. für Baumaßnahmen in den Rheinischen Kliniken).

Die erwirtschafteten Erträge fallen mit rd. 7,9 Mio. Euro geringer aus als geplant (Plan 2007: 27,5 Mio. Euro). Dies ist insbesondere auf geringere Erträge aus technischen Dienstleistungen (rd. 9 Mio. Euro) zurückzuführen, die teilweise durch Mehrerträge kompensiert werden konnten (bspw. bei den Erträgen aus Eintrittsgeldern um 0,6 Mio. Euro).

2.1.1.1.4 Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Bei den Erträgen aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen handelt es sich um Erstattungsleistungen Dritter, insbesondere

- des Landes für den Maßregelvollzug (95,1 Mio. Euro)
- des Bundes für die Kriegspferfürsorge (64,2 Mio. Euro)
- Personalersatzleistungen der Rheinischen Versorgungskassen für die Personalgestellung (17,7 Mio. Euro)
- von Gemeinden (10,8 Mio. Euro).

Die Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen betragen im Haushaltsjahr 2007 insgesamt 213,5 Mio. Euro. Gegenüber dem Haushaltsplan 2007 ergeben sich Mehrerträge in Höhe von 8,8 Mio. Euro.

2.1.1.1.5 Sonstige ordentliche Erträge

Hierbei handelt es sich insbesondere um

- Erträge aus der Auflösung von Instandhaltungsrückstellungen (2,29 Mio. Euro)
- Erträge aus Investitionsanteilen der HPH-Netzwerke sowie der Rheinischen Kliniken (1,5 Mio. Euro)
- Erträge aus der Abnahme des Job-Tickets (0,9 Mio. Euro) sowie
- Zwangsgelder und Säumniszuschläge (0,8 Mio. Euro).

Die sonstigen ordentlichen Erträge betragen insgesamt 8,4 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2007. Sie liegen um 6 Mio. Euro niedriger als geplant (Plan 2007: 14,4 Mio. Euro). Diese Abweichung ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass im Haushaltsplan 2007 Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen in Höhe von 8,7 Mio. berücksichtigt waren. Aufgrund des zum 31.12.2007 erstellten Testates zu den Pensionsrückstellungen waren jedoch weitere Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen in 2007 vorzunehmen.

2.1.1.1.6 Aktivierte Eigenleistungen

Die Erträge aus aktivierten Eigenleistungen sind Gegenpositionen zu den Aufwendungen, die zur Herstellung eines Vermögensgegenstandes benötigt werden, welcher zur Nutzung für eigene Zwecke bestimmt ist. Bei diesen Aufwendungen handelt es sich um Herstellungskosten im Sinne des § 33 Abs. 3 GemHVO. Diese werden aktiviert und über den Zeitraum ihrer Nutzung abgeschrieben. Im Fachbereich „Gebäude- und Liegenschaftsmanagement“ wurden diese Erträge im Wege einer differenzierten Kosten- und Leistungsrechnung in Höhe von 2,2 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2007 abgerechnet.

2.1.1.2 Ordentliche Aufwendungen

2.1.1.2.1 Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen belaufen sich insgesamt auf 162,6 Mio. Euro.

Darin enthalten sind nicht zahlungswirksame Aufwendungen für

- Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beschäftigte, 8,9 Mio. Euro
- Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Altersteilzeit, 0,6 Mio. Euro
- Zuführungen zu Beihilferückstellungen, 3,4 Mio. Euro.

Die Personalintensität (Anteil des Personalaufwandes an den ordentlichen Aufwendungen) beträgt 6,26 %.

Insgesamt ist in 2007 eine Unterschreitung des Personalaufwandes in Höhe von 2,9 Mio. Euro zu verzeichnen.

Landschaftsverband Rheinland

Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2007

Lagebericht

Blatt 8

Die Aufteilung der Unterschreitung nach Kontengruppen stellt sich wie folgt dar:

Kontengruppe	Bezeichnung	Plan 2007	Ist 2007	+ Unterschreitung - Überschreitung
501	Dienstaufwendungen und dgl.	126.377.521,39	123.925.277,35	2.452.244,04
502	Beiträge zu Versorgungskassen	5.547.836,78	5.630.580,18	-82.743,40
503	Beiträge zur gesetzl. Sozialversicherung	16.617.073,83	17.161.358,50	-544.284,67
504	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	2.212.100,00	2.423.334,76	-211.234,76
505	Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beschäftigte	13.753.506,00	8.904.431,00	4.849.075,00
506	Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Altersteilzeit, sonstige Rückstellungen für Personal	0,00	647.120,54	-647.120,54
507	Zuführungen zu Beihilferückstellungen	576.459,00	3.469.526,00	-2.893.067,00
509	Pauschalierte Lohnsteuer	550.663,99	508.011,15	42.652,84
Gesamtergebnis		165.635.160,99	162.669.639,48	2.965.521,51

Erläuterung der größeren Abweichungen :

Kontengruppe 501 –Dienstaufwendungen und dgl.

Bei der PG071 (Bereich Zentrales Budget) ist Minderaufwand entstanden durch weniger Personal, das aus Beurlaubung und Abwesenheit zurückgekehrt ist und geringere Mittelabrufe bei PG071 für Nachwuchskräfte, da sie z. T. durch die Dezernate finanziert wurden. Volumen: ca. 2,5 Mio. Euro

Enthalten ist der Aufbau der Rückstellung für das Urlaubsgeld Beamte, die mit 1,1 Mio. Euro als Belastung zu Buche schlägt.

503 –Beiträge zur gesetzl. Sozialversicherung

Durch Unklarheiten bei der Behandlung der Beiträge zum Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverband (Personal-/oder Sachaufwand) ist die Planung des Anteils der ZV nicht erfolgt. Deshalb ist in der PG072 (Recht) ein Mehraufwand in Höhe von ca. 0,4 Mio. Euro entstanden.

505 –Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beschäftigte

Die gebuchten Zuführungen sind im Bereich von Dezernat 7 – insbes. bei PG 017 (Hilfen für Menschen mit Behinderungen und besonderen sozialen Schwierigkeiten) und PG 035 (Kriegsopferfürsorge) erheblich niedriger als geplant. Volumen: ca. 4,1 Mio. Euro

506 –Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Altersteilzeit, sonstige Rückstellungen für Personal

Bei der PG 071 (Bereich Zentrales Budget) ist Mehraufwand entstanden durch die Buchung der Pensionsrückstellungen für Altersteilzeit. Volumen: ca. 0,6 Mio. Euro

507 – Zuführungen zu Beihilferückstellungen

Bei der PG071 (Bereich Zentrales Budget) ist Mehraufwand entstanden durch den Aufbau der Rückstellung für die Kostendämpfungspauschale. Volumen: ca. 1,3 Mio. Weitere Mehraufwendungen sind entstanden bei PG071 (Personalmanagement) in Höhe von 0,6 Mio. Euro und bei verschiedenen PG des Dezernates 9 (0,3 Mio. Euro).

2.1.1.2.2 Versorgungsaufwendungen

Die Versorgung wird zentral in der Produktgruppe 071 veranschlagt. Der Versorgungsaufwand beträgt im Berichtsjahr 30,6 Mio. Euro. Darin enthalten sind Zuführungen zu Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger in Höhe von 1,03 Mio. Euro.

Beim Versorgungsaufwand kommt es zu Mehraufwand in Höhe von 1,6 Mio. Euro. Dieser ist auf die nicht geplante Zuführung zu Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger sowie Mehraufwand bei Versorgung und Beihilfe für die Versorgungsempfänger zurückzuführen.

Während die Rückstellung für Beihilfe nicht zahlungswirksam ist, bedingt der Mehraufwand bei Versorgung und Beihilfe auch höhere Auszahlungen in der Finanzrechnung (575 TEuro).

2.1.1.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen umfassen unter anderem

- Erstattung der örtlichen Sozialhilfe (summarische Abrechnung), 124,3 Mio. Euro
- Schülerbeförderung, 17,7 Mio. Euro
- Instandhaltung, 13,2 Mio. Euro
- sonstige technische Dienstleistungen des GLM, 10,4 Mio. Euro
- sonstige Dienstleistungen anderer Produktgruppen, 10,7 Mio. Euro
- Energie, 7,6 Mio. Euro
- Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude, 5,3 Mio. Euro.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind im Haushaltsjahr 2007 insgesamt im Volumen von 240,8 Mio. Euro angefallen. Gegenüber dem Haushaltsplan 2007 ergeben sich Minderaufwendungen in Höhe von 22,9 Mio. Euro (Plan 2007: 263,7 Mio. Euro).

2.1.1.2.4 Bilanzielle Abschreibungen

Die bilanziellen Abschreibungen stellen den Ressourcenverbrauch der Immateriellen Vermögensgegenstände sowie des Sachanlagevermögens dar.

Insgesamt beträgt der Wert der bilanziellen Abschreibungen im Berichtszeitraum 18,5 Mio. Euro.

Davon entfallen

- 13,5 Mio. Euro auf Gebäudeabschreibungen
- 1,9 Mio. Euro auf Abschreibungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung
- 1,88 Mio. Euro auf Abschreibungen für immaterielle Vermögensgegenstände sowie
- 985 TEuro auf Abschreibungen für Geringwertige Wirtschaftsgüter.

Gegenüber dem Haushaltsplan ergeben sich Mehraufwendungen in Höhe von 1,5 Mio. Euro (Plan 2007: 17,0 Mio. Euro).

2.1.1.2.5 Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen umfassen insbesondere Sozialtransferaufwendungen sowie Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke.

Im Bereich der Sozialtransferaufwendungen dominieren der Betreuungsaufwand, der Aufwand für Unterbringung sowie der Aufwand für Pflege.

Alleine der Betreuungsaufwand beträgt im Haushaltsjahr 2007 1.246 Mio. Euro.

Die Transferaufwendungen betragen im Haushaltsjahr 2007 insgesamt 2.077 Mio. Euro. Die Transferaufwandsquote (Anteil der Transferaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen) beträgt 79,9 %.

Die Transferaufwendungen waren im Haushalt 2007 geplant in Höhe von 2.080 Mio. Euro.

2.1.1.2.6 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Zu den sonstigen ordentlichen Aufwendungen zählen

- Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen
 - Aufwendungen für Aus- und Fortbildung
 - Aufwendungen für Umzugskostenvergütung
 - Aufwendungen für übernommene Reisekosten
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten
 - Mieten
 - Leasing
- Geschäftsaufwendungen
- Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertberichtigungen
 - Versicherungsbeiträge
 - Mitgliedsbeiträge zu Vereinen und Verbänden

Landschaftsverband Rheinland

Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2007

Lagebericht

Blatt 11

- Verluste aus Abgängen und Wertminderungen des Sachanlagevermögens
- Wertkorrekturen zu Forderungen
- Verluste aus Finanzanlagen und aus Wertpapieren
- Betriebliche Steueraufwendungen
 - Kraftfahrzeugsteuer

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen betragen insgesamt 68,7 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2007. Gegenüber dem Haushaltsansatz 2007 ergeben sich Mehraufwendungen in Höhe von 33,8 (Plan 2007: 34,9 Mio. Euro).

Die Mehraufwendungen sind insbesondere auf folgende Sachverhalte zurückzuführen:

- Einzelwertberichtigung auf Forderungen, 8,2 Mio. Euro
- Zuführung zu den Sonstigen Sonderposten in Höhe des Überschusses in der PG 041 „Ausgleichsabgabe“, 13,7 Mio. Euro
- Rückstellung für drohende Verluste aus dem Widerspruchsverfahren gegen die Festsetzung der Landschaftsumlage 2007, 17,9 Mio. Euro
- Verluste aus der Abwertung von Unternehmensanteilen (WestLB AG), 8,6 Mio. Euro.

Die ordentlichen Erträge und die ordentlichen Aufwendungen führen insgesamt zu einem positiven Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 40,1 Mio. Euro.

Der Aufwandsdeckungsgrad beträgt 101,54 %.

2.1.1.3 Finanzerträge und Finanzaufwendungen

Die Finanzerträge in Höhe von 32,4 Mio. Euro setzen sich zusammen aus

- Zinserträgen, 15,1 Mio. Euro sowie
- sonstigen Finanzerträgen, 17,3 Mio. Euro.

Bei den sonstigen Finanzerträgen handelt es sich insbesondere um die Gewinnausschüttung der Provinzial Rheinland Holding, die unverändert zum Vorjahr 8,77 Mio. Euro betrug, sowie die 6,4 Mio. Euro hohe Dividendeneinnahme aus den zum Stichtag gehaltenen 2.055.201 RWE AG Stammaktien.

Die erwirtschafteten Erträge fallen mit rd. 7,3 Mio. Euro höher aus als geplant (Plan 2007: 25,1 Mio. Euro).

Die Finanzaufwendungen betragen im Berichtszeitraum 40,5 Mio. Euro.

Sie resultieren insbesondere aus den bestehenden Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen.

Gegenüber dem Haushaltsplan 2007 ergeben sich Mehraufwendungen in Höhe von 7,0 Mio. Euro (Plan 2007: 33,5 Mio. Euro).

Diese Mehraufwendungen sind zum einen darin begründet, dass mit der flächendeckenden Einführung des NKF zum 01.01.2007 hinsichtlich des Zinsaufwandes erstmalig eine Periodenabgrenzung erfolgte. Dies führt dazu, dass nach dem Periodisierungsgrundsatz für Zinsauszahlungen in 2008 das Haushaltsjahr 2007 in Höhe von 3,3 Mio. Euro mit Zinsaufwand belastet wird.

Zum anderen ist der Landschaftsverband Rheinland aus einer Ausgleichsvereinbarung im Innenverhältnis aus der Wertgarantie des Landes NRW für den Wert der WestLB-Beteiligung bei der NRW.BANK aus 2004 verpflichtet. Die Wertsicherung wird bis heute außerbilanziell behandelt. Demgegenüber wird der Anspruch der NRW.BANK auf Verzinsung einer entstehenden Wertdifferenz bilanziell behandelt. Hieraus ergibt sich zum 31.12.2007 eine anteilige Verpflichtung des Landschaftsverbandes Rheinland, die bilanziell zu einer Rückstellungsbildung für drohende Verluste in Höhe von 3.780.000 Euro führt.

Der Anteil der Finanzaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen (Zinslastquote) beträgt 1,56 %.

Insgesamt ergibt sich ein Finanzergebnis von -8,1 Mio. Euro.

2.1.1.4 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen fielen im Haushaltsjahr nicht an. Als außerordentlich hat der Gesetzgeber solche Sachverhalte definiert, die

- selten,
- ungewöhnlich und
- von wesentlicher Bedeutung

sind.

Diese Voraussetzungen müssen kumulativ erfüllt sein. Korrespondierend zum Handelsrecht ist eine enge Auslegung erforderlich.

2.1.2 Erläuterungen zu ausgewählten Produktgruppen

Nachstehend erfolgen Erläuterungen zu einzelnen Produktgruppen. Hierbei wird insbesondere auf die Ertrags- und Aufwandssituation in den jeweiligen Teilergebnisrechnungen eingegangen.

2.1.2.1 Produktbereich 01 – Innere Verwaltung

2.1.2.1.1 Produktgruppe 014 – Gebäude- und Liegenschaftsmanagement (GLM)

Die Teilergebnisrechnung des GLM weist ergebnisrelevante

- Erträge in Höhe von 29.826.595,44 Euro und,
- Aufwendungen in Höhe von 65.310.357,10 Euro

aus. Das ordentliche Ergebnis des GLM beläuft sich somit auf -35.483.761,66 Euro.

Erträge

Rund 11,8 Mio. Euro der ordentlichen Erträge stammen von den Rheinischen Kliniken und HPH-Netzwerken. Sie wurden für die vom GLM durchzuführenden Investitionen, die über die Rechnungen der Sondervermögen abgewickelt werden, erzielt. Nähere Ausführungen hierzu bei den Aufwendungen.

Ein weiterer großer Ertragsposten stellen die Erträge aus Vermietung und Verpachtung einschließlich Nebenkosten dar: rd. 1,59 Mio. Euro, das sind über 25 TEuro mehr als geplant.

Durch die Auflösung von Sonderposten für bereits geförderte Investitionsmaßnahmen hat das GLM in 2007 Erträge in Höhe von über 3,7 Mio. Euro erzielt (+532 TEuro).

Das GLM erzielte nicht geplante Erstattungen von verbundenen Unternehmen in Höhe von 1,025 Mio. Euro. Es handelt sich um Rückerstattungen der RZVK aus Überzahlungen der Vorjahre.

Erträge aus aktivierten Eigenleistungen wurden in Höhe von rd. 1,76 Mio. Euro erzielt.

Die sonstigen ordentlichen Erträge beinhalten u.a. 2,29 Mio. Euro aus der ertragswirksamen Auflösung der Instandhaltungsrückstellungen.

Aufwendungen

Das GLM bewirtschaftet wie ein Generalunternehmer auch Investitionsmaßnahmen der Rheinischen Kliniken und HPH-Netzwerke, die in deren Wirtschaftsplänen investiv veranschlagt sind. Das GLM wickelt dabei aufwandseitig die Auszahlungen an Externe ab und erhält im Gegenzug von den Rheinischen Kliniken bzw. HPH-Netzwerken den entsprechenden Ertrag zzgl. der vom GLM erbrachten Eigenleistungen. Für diese Dienstleistungen des GLM wurden 2007 Erträge in Höhe von 11,8 Mio. Euro realisiert und Aufwendungen von 10,5 Mio. Euro bewirtschaftet. Aufgrund politischer Beschlüsse verzögern sich Realisierungs- und Baufortschritt der Klinik- und HPH-Maßnahmen. Sie liegen deshalb mit rd. 9 Mio. Euro unter Plan.

Die Kosten für Energie, Wasser etc. der in der Bewirtschaftungsverantwortung des GLM liegenden Gebäude- und Grundstücke beliefen sich 2007 mit rd. 1,6 Mio. Euro aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung etwa 428 TEuro über Plan. Die sonstigen Betriebs- und Unterhaltungskosten der Liegenschaften betragen rd. 1,3 Mio. Euro.

Periodenfremde Sachaufwendungen wurden mit rd. 1,86 Mio. Euro verbucht. Es handelt sich hierbei um Korrekturbuchungen aus den Haushaltsvorjahren.

Für die in der Zuständigkeit des GLM anfallenden Gebäude sind 2007 Abschreibungen in Höhe von 13,56 Mio. Euro angefallen. Insgesamt stehen Abschreibungen mit rd. 13,74 Mio. Euro zu buche.

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind insbesondere die Mietaufwendungen hervorzuheben: Sie fielen mit insgesamt nur rd. 2,4 Mio. Euro knapp 3,6 Mio. Euro niedriger aus als originär geplant. Die Verringerung resultiert aus einer Verlagerung von sog. Mietkaufträgen von der Produktgruppe 014 zur Produktgruppe 048 (Allgemeine Finanzwirtschaft).

2.1.2.1.2 Produktgruppe 043 – Politische Gremien

Die Produktgruppe 043 (Politische Gremien) umfasst die Produkte Sitzungsdienst, Veranstaltungen und Beschwerdemanagement.

Die 2007 gebildeten Personal-, Sachaufwands- und Transferaufwandsbudgets konnten eingehalten werden.

Im Haushaltsjahr 2007 entstanden Transferaufwendungen in Höhe von rd. 907.100 Euro für die Zuwendungen an die Fraktionen CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN und die politische Gruppierung Die Linke.

Von den Fraktionen wurden rd. 195.200 Euro für Eigenpersonal zurückerstattet.

Die Aufwendungen für die ehrenamtliche Tätigkeit (Entschädigungen gemäß Entschädigungssatzung des LVR) der Mitglieder der Landschaftsversammlung Rheinland und der sachkundigen Bürger in den Gremien schlagen mit rd. 1,37 Mio. Euro zu buche.

2.1.2.1.3 Produktgruppe 044 – Verwaltungsführung

Die 2007 gebildeten Personal-, Sachaufwands- und Transferaufwandsbudgets konnten eingehalten werden.

Der Eigenbetrieb InfoKom entwickelt projektbezogen für den LVR diverse Software-/IT-Lösungen, deren Kosten als Dienstleistungsaufwendungen aus dem Haushalt des LVR in der zentralen Produktgruppe 044 abgewickelt werden.

Die hierfür entstehenden Aufwendungen gehen nicht in das Produkt 044.01 „Verwaltungsführung“ ein, sondern werden möglichst verursachungsgerecht im Rahmen der internen Leistungsbeziehungen an andere Verwaltungsbereiche weiterverrechnet.

Im Jahr 2007 entstanden projektbezogene IT-Dienstleistungsaufwendungen in Höhe von rd. 7,76 Mio. Euro. Hierin enthalten sind auch Rückstellungen für IT-Projekte in Höhe von 330.000 Euro.

Bisher aktivierbare Aufwendungen für das IT-Projekt „NKF“ verursachten 2007 Abschreibungen in Höhe von rd. 1,88 Mio. Euro.

2.1.2.1.4. Produktgruppe 071 – Personalmanagement

Mit dem ersten NKF-Haushalt kam der LVR der gesetzlichen Verpflichtung nach, Rückstellungen zu bilden.

Verschiedene nicht zahlungswirksame Zuführungen zu Rückstellungen sind im Personalaufwand der Produktgruppe 071 – Personalmanagement - enthalten:

- Zuführungen zu Pensionsrückstellungen (für Beamte der PG 071),
- Aufwendungen für sonstige Pensionsrückstellungen (für Beamte, die zu einem anderen Dienstherrn gewechselt sind),
- Aufwendungen für die Rückstellungen für Altersteilzeit (durch neue LVR-Regelung vermehrter Aufwand),
- Zuführung zur Beihilferückstellung (für Beamte der PG 071),
- Aufwendungen für Urlaubsrückstellungen und
- Aufwendungen für Überstundenrückstellungen.

Am 28.12.2007 hat das Land NRW eine Besoldungserhöhung zum 01.07.2008 im Gesetzblatt verkündet. Diese Besoldungserhöhung, die damit vor dem Stichtag 31.12.2007 bekannt wurde, musste in die Berechnung der Rückstellungen für den Jahresabschluss einfließen.

Dies führte entgegen der ursprünglichen Planung zu keinem Ertrag aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen sondern zu höheren Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger.

Die Zuführungen zu Pensionsrückstellungen (Beihilfe und Versorgung) für Aktive werden dezentral in den Produktgruppen veranschlagt, in denen auch die Personalaufwendungen/ -auszahlungen für Beamte abgebildet sind. Insgesamt betragen für 2007 die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen für Aktive 8,6 Mio Euro.

Die Versorgung wird zentral in der Produktgruppe 071 veranschlagt.

Beim Versorgungsaufwand kommt es zu Mehraufwand in Höhe von 1,6 Mio. Euro. Grund hierfür ist eine nicht geplante Zuführung zur Rückstellung für Beihilfe für Versorgungsempfänger in Höhe von 1,032 Mio. Euro sowie Mehraufwand bei Versorgung und Beihilfe für die Versorgungsempfänger.

Während die Rückstellung für Beihilfe nicht zahlungswirksam ist, bedingt der Mehraufwand bei Versorgung und Beihilfe auch höhere Auszahlungen in der Finanzrechnung (575 TEuro).

Anzahl der tariflich Beschäftigten/Beamten bzw. Beamtinnen zum Stichtag
 31.12.2007 (Bereich NKF-LVR)

Personalbestand (Aktive) Dezember 2007

* Stichtag 31.12.2007

Bereich	Bereich StPI	Status	Dezernate									Summen
			0	02	1	2	3 **	4	7	8	9	
LVR	Teil A, I	Beamte/Beschäftigte	47	50	17	323	264	852	626	130	692	3.001
	Teil A, II	Beamte/Beschäftigte									6	6
		Beamte zur Anstellung										0
	700er	Beamte/Beschäftigte				2			1	3	51	57
	Stellenübersicht Teil B	Beamte zur Anstellung	1			7	10	10	32	4	5	69
	Aufstiegsbeamte					7					7	7
	Nachwuchskräfte					144					1	145
	Informativisch Beschäftigte *					17	23				31	71
LVR Summe			48	50	17	332	442	885	659	137	786	3.356

Die Auswertung erfolgt anhand der aktuellen Beschäftigtenzahl (= Kopfzahl).

Hinweis: Ausgeschlossen sind Fremdkunden, juristische Personen, Zivildienstleistende und Personen im freiwilligen ökologischen oder sozialen Jahr

* Praktikanten-/Volontärverhältnisse; sonstige, z.B. ErzieheranwärterInnen

** Dezernat 3 mit Pools, GPR

Entsprechend den Budgetierungsrichtlinien sind die Dezernatsleitungen u. a. für die Einhaltung der Personalkostenbudgets verantwortlich.

Grundsätzlich entscheiden sie in eigener Zuständigkeit über eine Stellenbesetzung, haben dabei aber den vom Budget vorgegebenen Rahmen – aufgrund von Konsolidierungsmaßnahmen sind die Personalkosten seit 2005 gedeckelt - zu beachten.

Dies hat zur Folge, dass Stellen i. d. R. nur noch dann extern ausgeschrieben und besetzt werden, wenn Fachpersonal benötigt wird.

Für den Verwaltungsbereich wird der Bedarf entweder durch interne Wechsel oder die Eingliederung von Nachwuchskräften gedeckt.

Es kann davon ausgegangen werden, dass auch zukünftig eine Erhöhung des Personalbestandes nur dann akzeptiert wird, wenn

- es sich um zeitlich befristete Beschäftigungsverhältnisse handelt und eine Refinanzierung erfolgt (z. B. im Dezernat 9 für Ausgrabungen),
- es sich um die Einstellung von Auszubildenden oder um Qualifizierungsmaßnahmen handelt (zur Erfüllung der mit den Ausbildungs- und Qualifizierungsquoten vorgegebenen Zielen),
- zusätzliche Aufgaben übernommen werden (z. B. Versorgungsverwaltung).

Qualifikation

Aktive Mitarbeiter/-innen (Bereich NKF-LVR) nach Laufbahn/Entgeltgruppen und Geschlecht
 ohne Nachwuchskräfte und informatorisch Beschäftigte

Stichtag: 31.12.2007

Beamte/Beamtinnen

	männlich	weiblich	insgesamt	% der Gesamtanzahl Beamte/Beamtinnen
Wahlbeamte/-beamtinnen	4	4	8	0,95
Höherer Dienst	110	64	174	20,74
Gehobener Dienst	228	347	575	68,53
Mittlerer Dienst	30	52	82	9,77
Summen	372	467	839	100,00

Beschäftigte

	männlich	weiblich	insgesamt	% der Gesamtanzahl Beschäftigte
mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulausbildung	134	86	220	9,55
mit abgeschlossener Fachhochschulausbildung	336	616	952	41,32
mit abgeschlossener Berufsausbildung von mindestens drei Jahren	353	581	934	40,54
Un- und Angelernte	58	140	198	8,59
Summen	881	1423	2304	100,00

Durch die „Elektronische Akte“ wird sich im Dezernat 7 der Bedarf an Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die bisher in der Registratur eingesetzt waren, verringern. Hier werden Maßnahmen zur Um- bzw. Weiterqualifizierung angeboten.

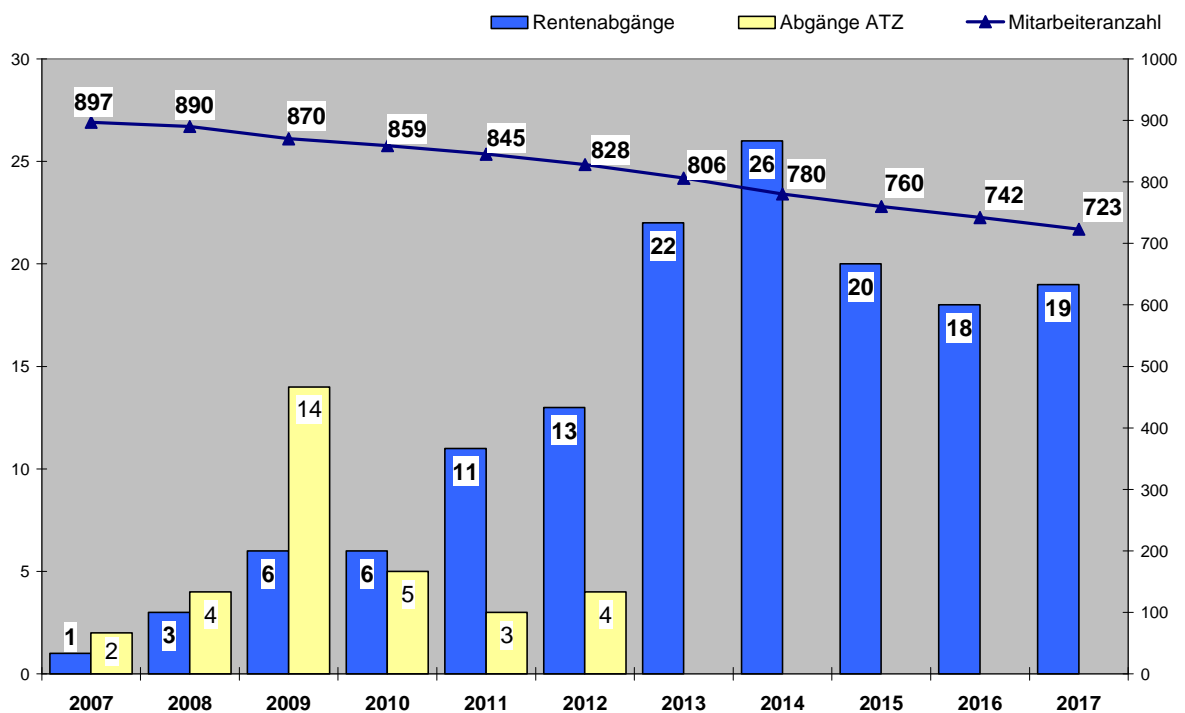
Fluktuation

Aktive Mitarbeiter/-innen (Bereich NKF-LVR)
 Stichtag: 01.09.2007

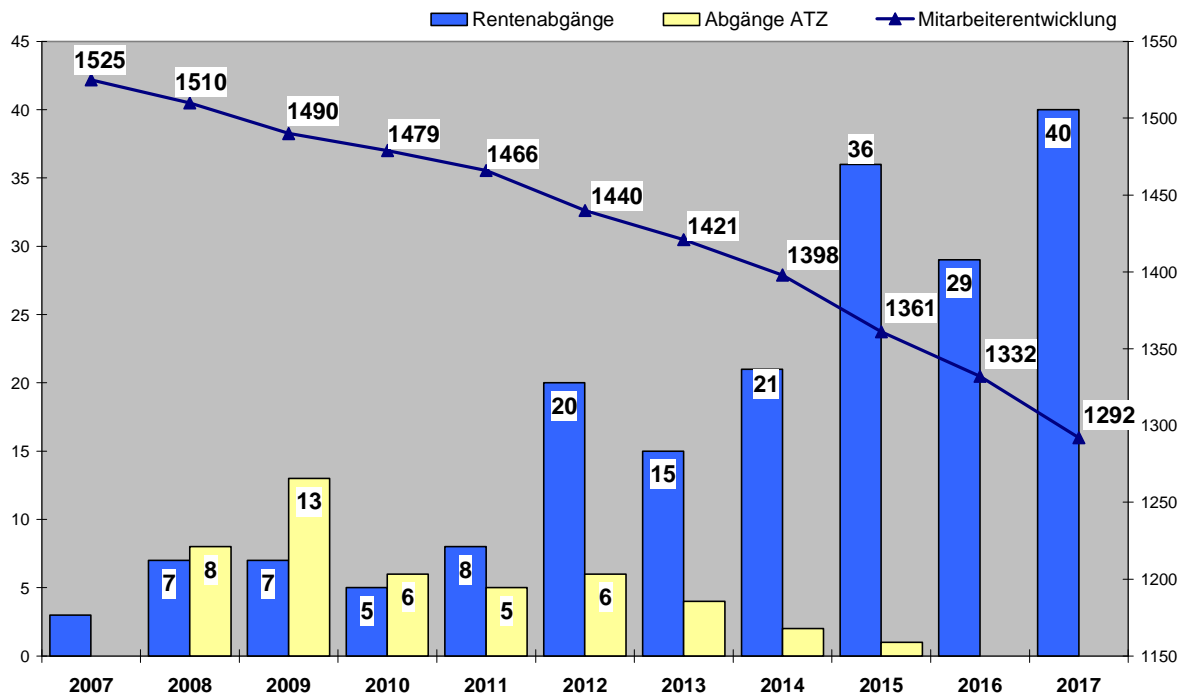
Darstellung der Entwicklung des Personalbestandes auf folgender Berechnungsgrundlage.

- Anzahl Mitarbeiter/-innen (Köpfe),
- Beginn Rente/Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres bzw.
- bei schwerbehinderten Menschen mit Vollendung des 63. Lebensjahres,
- Beginn Freistellungsphase Altersteilzeit (bekannte Fälle zum Stichtag 01.09.2007).

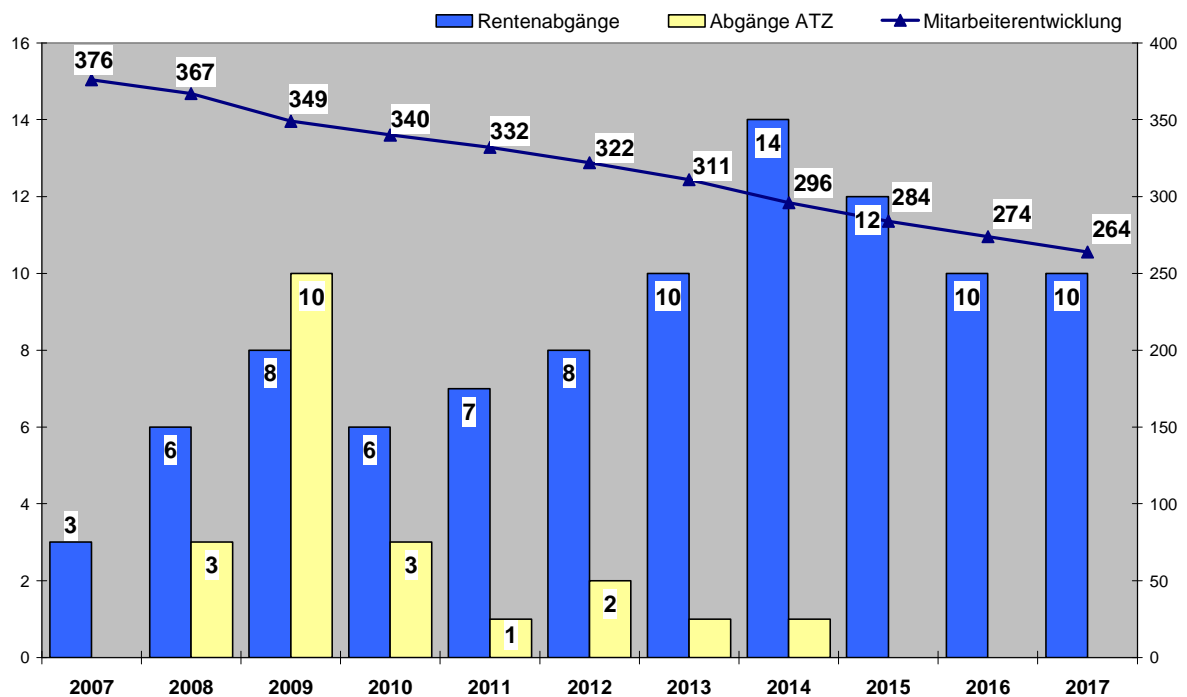
„mittlerer Dienst“



„gehobener Dienst“



„höherer Dienst“



In dieser Darstellung ist die Übernahme der Nachwuchskräfte nach Ende der Ausbildung nicht berücksichtigt.

Für 2008 ist geplant, 20 Nachwuchskräfte für die Ausbildung nach dem Coesfelder Modell (Ausbildung für den mittleren Dienst) sowie 12 Nachwuchskräfte für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst auszubilden.

Auch in den Folgejahren soll die Einstellung von Nachwuchskräften angepasst an den Personalbedarf erfolgen.

Fortbildung

Bezüglich der im NKF-Haushalt vorhanden Kennzahlen „Anzahl der Teilnehmer/-innen“ und „Anzahl der durchgeführten Seminare“ wird für 2008 von einem gleichen Ansatz wie 2007 ausgegangen, d. h. 2900 Teilnehmer/innen und 210 Seminare.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Kennzahlen zu Beginn eines Jahres nur schwer zu prognostizieren sind, da vielfach auch auf Fortbildungsbedarfe im Laufe des Jahres (z. B. durch Umorganisationen) reagiert werden muss.

Im Ergebnis des Jahres 2007 waren es tatsächlich 3535 Teilnehmer/-innen und 280 Seminare. Dies ist u. a. darin begründet, dass 2007 noch viele Workshops zur Leistungsorientierten Bezahlung (LOB) realisiert werden konnten.

Personalentwicklungs-Programm

Ausgehend vom im Jahr 2007 aufgestellten Personalentwicklungskonzept lag im vergangenen Jahr der Schwerpunkt in der Weiterführung und Weiterentwicklung der schon vorhandenen Bausteine. Beispielhaft hierfür begann zum 01.08.2007 ein Traineeprogramm für Führungsnachwachskräfte.

Folgende weitere Schwerpunkte, die 2007 begonnen wurden und in 2008 fortgesetzt werden:

- Unterstützungsangebote für die Organisationseinheiten bei der Einführung der Leistungsorientierten Bezahlung
- Betriebliches Gesundheitsmanagement
- Begleitung des laufenden Traineeprogrammes

Darüber hinaus werden 2008 ein weiteres Traineeprogramm und ein weiteres Mentoring-Programm für Wissenschaftler/-innen des Dezernates 9 starten. Ebenso ist vorgesehen, mit der Implementierung eines Führungskräftefeedbacks zu beginnen.

Ausbildung

Im Jahr 2007 haben 177 Mitarbeiter/innen eine Ausbildung beim Landschaftsverband Rheinland begonnen. Sie werden in folgenden Berufen ausgebildet:

- Diplomverwaltungswirt/-in
- Diplomverwaltungswirt/-in
- Bürokaufmann/frau
- Kauffrau im Gesundheitswesen
- Drucker/in
- Elektroinstallateur/in
- Informatikkaufmann/-frau
- Koch/Köchin
- Mediengestalter/-in Bild und Ton
- Fotograf/in
- Maler/in und Lackierer/in
- Tischler/in (Schreiner/in)
- Gärtner/in
- Heilerziehungspfleger/in
- Krankenpflegehelfer/in
- Krankenpfleger/schwester
- Medizinische/r Fachangestellte/-r

Zu den für 2008 bereits vorgesehenen Einstellungen von Auszubildenden ist beabsichtigt, auf Poolstellen des Dezernates 3 und mit Mitteln aus dem zentralen Budget, zusätzlich 49 Handwerker auszubildende, 30 Auszubildende als Gesundheits-/Krankenpfleger/innen und 20 Nachwuchskräfte nach dem sog. Coesfelder Modell einzustellen. Die letztgenannten Auszubildenden erwerben innerhalb von 3,5 Jahren den Abschluss als Verwaltungsfachangestellte/r und zusätzlich den Abschluss als Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation.

In der Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes werden voraussichtlich 12 Nachwuchskräfte ausgebildet.

Leistungsprämien beim Landschaftsverband Rheinland

Der LVR ist einer der ersten großen öffentlichen Arbeitgeber in NRW, die von der Möglichkeit der leistungsorientierten Bezahlung Gebrauch machen, die der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst -TVöD- ermöglicht. Die dafür notwendige Dienstvereinbarung wurde am 06.08.2007 abgeschlossen und ist seit 01.01.2008 in Kraft. Sie umfasst als Pilot-Dienstvereinbarung die Dezernate 0-9, die Rhein. Versorgungskassen, LVR InfoKom und stellvertretend für den Pflege- und Betreuungsbereich die Rheinischen Kliniken Köln sowie das HPH-Netz Niederrhein.

Hauptziel des LVR ist die Verbesserung seiner Leistungen. Durch die abzuschließenden Zielvereinbarungen wird eine aktivere Steuerung der Verbandes ermöglicht. Die Leistungserwartungen werden dokumentiert und transparent. Die Führungskräfte haben eine klare Übersicht über die Ziele ihres Bereichs. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wissen genau, was von Ihnen erwartet wird und sollen somit die konkreten Ziele mitgestalten, die den Oberzielen des LVR dienen.

Das tarifrechtlich vorgegebene Budget beträgt derzeit 1 % der ständigen Monatsentgelte der Vorjahre der unter den Geltungsbereich des TVöD fallenden Beschäftigten. Die differenzierte Auszahlung des Leistungsbudgets erfolgt nur für die Bereiche, die von der Dienstvereinbarung erfasst werden. Die übrigen Bereiche erhalten im Jahr 2008 eine undifferenzierte Auszahlung in Höhe von 6 % des Tabellenentgeltes des Monats September. In der Entgeltrunde 2008 werden die Tarifvertragsparteien die Umsetzung des § 18 TVöD analysieren und ggfs. notwendige Folgerungen ziehen bzw. den weiteren Ausbau der leistungsorientierten Bezahlung verhandeln.

Für den Beamtenbereich wurde ein entsprechendes einprozentiges Budget zur Verfügung gestellt, das aufgrund der Einschränkungen durch die Leistungsprämien- und Zulagenverordnung NW nicht voll zur Auszahlung gelangen wird.

2.1.2.2 Produktbereich 03 – Schulträgeraufgaben

2.1.2.2.1 Produktgruppen 54 – 56

Die ordentlichen Aufwendungen der PG 054 - 056 setzen sich wie folgt zusammen:

- | | |
|---|------|
| ○ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 50 % |
| ○ Personalaufwendungen | 45 % |
| ○ Bilanzielle Abschreibungen | 3 % |
| ○ Sonstige ordentliche Aufwendungen | 1 % |
| ○ Transferaufwendungen | 1 % |

Als größte Posten bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind zu nennen:

- | | | |
|------------|----------------------------------|-----------------|
| - 52410000 | Schülerbeförderungskosten | 17.740.000 Euro |
| - 52201000 | Aufwendungen für Energie, Wasser | 3.690.000 Euro |

Das Unterrichten der Schüler ist Aufgabe des Landes. Die Personalaufwendungen für Lehrer fließen deshalb nicht in den Haushalt des LVR ein. Hier werden Personalaufwendungen für Therapeuten, Pflegepersonal, Hausmeister, Verwaltungsmitarbeiter und Zivildienstleistende ausgewiesen.

Die ordentlichen Aufwendungen fallen im Haushaltsjahr 2007 um ca. 1 Mio. Euro niedriger aus als ursprünglich geplant.

Die Verbesserung ergibt sich im Wesentlichen aus folgenden Gründen:

- | | |
|------------------------|--------------|
| - Personalaufwendungen | 860.000 Euro |
|------------------------|--------------|

Aufgrund von nicht sofort wieder besetzten Stellen und Elternzeitfällen konnten Aufwendungen im Personalbereich eingespart werden.

- | | |
|---------------------------------------|--------------|
| - Geringere Schülerbeförderungskosten | 880.000 Euro |
|---------------------------------------|--------------|

Die Kosten für die in 2007 erstmalig geplanten Rückfahrten aufgrund der neuen Offenen Ganztagschule (OGS) sind geringer ausgefallen als ursprünglich erwartet. Darüber hinaus sind Anträge auf Preiserhöhung aufgrund gestiegener Kraftstoffpreise nicht in dem Umfang eingegangen wie erwartet.

Landschaftsverband Rheinland

Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2007

Lagebericht

Blatt 25

- Höhere Energiekosten - 330.000 Euro
- Sonstiges - 410.000 Euro

Die ordentlichen Erträge der PG 054 - 056 setzen sich wie folgt zusammen:

- o Erträge aus Kostenerstattungen 37 %
- o Zuwendungen und allgemeine Umlagen 28 %
- o Privatrechtliche Leistungsentgelte 19 %
- o Sonstige ordentliche Erträge 14 %
- o Sonstige Transfererträge 2 %

Die Ertragslage wird durch folgende Positionen geprägt:

- 41410000 Zuweisung vom Land 1.430.000 Euro
Hierzu zählt der Zuschuss des Landes zum Berufskolleg und die Förderung der OGS.
- 44142100 Erträge aus therap. Verordnungen 1.000.000 Euro
Hierbei handelt es sich um Erstattungsleistungen der Krankenkassen für therapeutische Leistungen.
- 44xx4000 Personalersatzleistungen 860.000 Euro
Zu den Personalersatzleistungen zählen z.B. die Erstattungen des Bundesamtes für Zivildienst.
- 44223000 Erstattungen von Gemeinden 860.000 Euro
Betriebskosten für Turnhallen, Schwimmbäder oder das Berufskolleg werden durch die Gemeinden teilweise gedeckt.
- 45911500 Verpflegungsentgelte 740.000 Euro
Unter dieser Kostenart werden die Elternbeiträge an der Verpflegung der Schüler aufgeführt.

Die ordentlichen Erträge decken die ordentlichen Aufwendungen zu ca. 10,4% (Aufwandsdeckungsgrad).

2.1.2.3 Produktbereich 05 – Soziale Leistungen

2.1.2.3.1 PG 017 – Leistungen für Menschen mit Behinderungen

Produkt 17.08 Leistungen zum stationären Wohnen

Hier ist es zu einem Mehrertrag in Höhe von rd. 30 Mio. Euro gekommen. Ursächlich hierfür sind insbesondere Kindergeldnachzahlungen durch eine zeitnahe Umsetzung der höchstrichterlichen Rechtsprechung aus dem Jahr 2006, eine intensivere Verfolgung von Rentenansprüchen, die Realisierung von Kostenbeiträgen sowie Leistungen der Pflegekassen nach dem Sozialgesetzbuch XI.

Rückstellungen

Insgesamt wurden im Produktbereich Rückstellungen in Höhe von 86,9 Mio. Euro gebildet, um bestehende Prozessrisiken abzudecken und den Haushalt an die Fallzahlentwicklung anzupassen.

Schwerpunktbezogene Bildung von Rückstellungen auf folgenden Produkten:

- | | |
|--|-------------|
| A. 017.04 – Leistungen zur Beschäftigung
dienen der Anpassung an die Haushaltsentwicklung 2007 | 6,1 Mio. € |
| A. 017.06 – Leistungen der med. Rehabilitation etc.
dienen zum einen der Anpassung an die Haushaltsentwicklung 2007 und
zum größten Teil (46,0 Mio. €) zur Abdeckung eines bestehenden Pro-
zessrisikos | 50,7 Mio. € |
| A. 017.07 – Leistungen zum ambulant betreuten Wohnen
dienen der Anpassung an die Fallzahlentwicklung 2007. Es wird erwartet,
dass ca. 4.000 Fälle mit 5 Monaten Rückwirkung in die Zahlungen gehen
werden | 17,8 Mio. € |
| A. 017.08 – Leistungen zum stationären Wohnen
werden für rückwirkend fällige Unterbringungserhöhungen gebildet. | 7,9 Mio. € |

2.1.2.3.2 Produktgruppe 035 - Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegssopfer und ihnen gleichgestellte Personen

In der Produktgruppe 035 bildet die altersbedingt rückläufige Entwicklung der Anzahl der leistungsberechtigten Personen einen wesentlichen Einflussfaktor auf die Haushaltsentwicklung. Entsprechend wurde daran auch die Planung der Folgejahre unter Einbeziehung der ab dem 01.01.2008 nach § 3 des Zweiten Gesetzes zur Straffung der Behördenstruktur von den Kommunen und Kreisen auf den Landschaftsverband übertragenen Aufgaben der Kriegssopferfürsorge ausgerichtet.

2.1.2.3.3 Produktgruppe 041 - Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen

Die Mittel der Ausgleichsabgabe dürfen nur für die besonderen Leistungen zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben einschließlich der begleitenden Hilfe am Arbeitsleben verwendet werden. Die Produktgruppe 041 stellt im Haushalt des LVR insoweit ein „Sondervermögen“ dar. Die Aufwendungen der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für schwerbehinderte Menschen und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen sind nur aus den Erträgen der Ausgleichsabgabe zu finanzieren.

Aus der laufenden Bewirtschaftung ergibt sich für das Jahr 2007 vor der Internen Leistungsverrechnung folgendes Ergebnis:

ordentliche Erträge	88.439.967,79 Euro
Finanzerträge	7.683.921,11 Euro
Erträge insgesamt:	96.123.888,90 Euro

ordentliche Aufwendungen	82.343.878,92 Euro
Überschuss/Zuführung an den Sonderposten	13.780.009,98 Euro
Aufwendungen insgesamt	96.123.888,90 Euro

Der sich im Rahmen der laufenden Bewirtschaftung ergebende Überschuss in Höhe von 13.780.009,98 Euro wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2007 dem Sonstigen Sonderposten „Ausgleichsabgabe“ zugeführt. Hierdurch ist die ausgeglichene Abwicklung mit der Folge gewährleistet, dass die Produktgruppe 041 zugunsten des Haushaltes des LVR nicht belastet ist.

2.1.2.3.4 Produktgruppe 074 - Leistungen zur vorschulischen Bildung

Ordentliche Erträge

Hier werden Erstattungsleistungen aus Überzahlungen von Fahrt- und Betriebskosten ausgewiesen. Diese fallen um ca. 1,3 Mio. Euro höher aus als geplant. Dies wird auf eine verstärkte Prüfung der Abrechnungen zurückgeführt.

Die ordentlichen Erträge können die ordentlichen Aufwendungen nur zu ca. 2 % decken (Aufwandsdeckungsgrad).

Ordentliche Aufwendungen

Die Transferaufwendungen bestimmen maßgeblich das Ergebnis der PG 074 (Transferaufwandsquote 99%).

Als Transferaufwendungen werden hier die Förderung der Betriebskosten für Sonderkindergärten, die Finanzierung von Vorschulkindern mit Behinderungen in integrativen Kindertagesstätten, die Förderung der Einzelintegration von Kindern mit Behinderungen in wohnortnahen Regeleinrichtungen sowie die Erstattung der Fahrtkosten ausgewiesen. Diese fallen um ca. 3,04 Mio. Euro niedriger aus als geplant.

Dies hat folgende Gründe:

- Einzelintegration 670.000 Euro

Hier konnten die geplanten Fallzahlen nicht erreicht werden. Das Landesjugendamt ist hier auf die Antragstellung der Hilfeberechtigten „angewiesen“.

- Integrative Kindertagesstätten 2.590.000 Euro

Infolge statistischer Bereinigung sind die Plätze für Kinder mit Behinderungen in integrativen Tagesstätten vorübergehend rückläufig. Mit einem Anstieg der Plätze ist – insbesondere aufgrund des KiBiz - zu rechnen.

- Sonderkindergärten -220.000 Euro

Nach statistischer Bereinigung sind die Plätze in Sonderkindergärten vorübergehend leicht angestiegen. Es kann aber gesagt werden, dass – ähnlich wie in den Vorjahren – mit einem weiteren Abbau zu rechnen ist.

Als Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden hier lediglich Erstattungen von Vorleistungen der örtlichen Sozialhilfeträger gemäß Delegationssatzung (Refinanzierung) aufgeführt. Diese sind in Ihrer Entwicklung schwankend. So erklärt sich auch die Differenz zwischen Plan und Ist in Höhe von 360.000 Euro.

2.1.2.4 Produktbereich 06 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

In den Verantwortungsbereich des Landesjugendamtes fallen die Produktgruppen 049 – 052, die den Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ bilden, sowie die Produktgruppe 074 „Leistungen zur vorschulischen Bildung“, die dem Produktbereich 05 „Soziale Leistungen“ zugeordnet wird. Nachfolgend werden die beiden Teilbereiche getrennt voneinander betrachtet.

Ordentlichen Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen des PB 06 setzen sich wie folgt zusammen:

- | | |
|---|------|
| ○ Personalaufwendungen | 63 % |
| ○ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 32 % |
| ○ Transferaufwendungen | 3 % |
| ○ Sonstige ordentliche Aufwendungen | 2 % |

Der Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen im PB 06 beträgt ca. 63%. Die Aufgabenstruktur des Landesjugendamtes verlangt einen hohen Personaleinsatz, so dass diese Quote nachvollziehbar ist.

Anmerkung:

Das Landesjugendamt bewirtschaftet nicht nur Mittel des LVR-Haushalts. Es werden zusätzlich Mittel des NRW-Landeshaushalts bewirtschaftet (Umfang: ca. 600 Mio. Euro).

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen beinhalten in erster Linie Kostenerstattungen (Kontenart 525):

- | | | | |
|---|-----|--------------------|----------------|
| - | 525 | Kostenerstattungen | 2.873.000 Euro |
|---|-----|--------------------|----------------|

Die Kostenerstattungen richten sich nach § 89 SGB VIII „Kostenerstattung bei fehlendem gewöhnlichen Aufenthalt“.

- | | | | |
|---|-----|---|--------------|
| - | 524 | Weitere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen | 742.000 Euro |
|---|-----|---|--------------|

Zu den weiteren Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen zählen IT-Kosten, die dem Eigenbetrieb InfoKom erstattet werden müssen.

- | | | | |
|---|-----|--|--------------|
| - | 529 | Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen | 212.000 Euro |
|---|-----|--|--------------|

Hier fallen in erster Linie Aufwendungen für Honorare für externe Referenten im Bereich Fortbildungen an.

Die ordentlichen Aufwendungen fallen um ca. 1,6 Mio. Euro niedriger aus als ursprünglich geplant.

Wesentliche Gründe für die Verbesserung sind:

- Geringere IT-Kosten 250.000 Euro

Die verminderten IT-Aufwendungen sind vor allem auf gesunkene Tarife von LVR-InfoKom zurückzuführen.

- Niedrigere Kostenerstattungen 800.000 Euro

Im Bereich der Kostenerstattung ist die Planung der konkreten Fallzahlen relativ schwierig. Somit sind Plan-Ist-Abweichungen nicht unwahrscheinlich.

Ordentlichen Erträge

Die ordentlichen Erträge des PB 06 decken die ordentlichen Aufwendungen zu 8,97% (Aufwandsdeckungsgrad). Sie setzen sich wie folgt zusammen:

- o Zuwendungen und allgemeine Umlagen 64 %
- o Privatrechtliche Leistungsentgelte 29 %
- o Sonstige Transfererträge 4 %
- o Erträge aus Kostenerstattungen 3 %

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen werden durch folgende Positionen geprägt:

- 41410000 Zuweisung vom Land 150.000 Euro

Das Landesjugendamt Rheinland bietet zur Sprachförderung 75 Fortbildungsveranstaltungen, finanziert durch das Jugendministerium NRW (MGFFI), für Personal von Kindertagesstätten an.

- 41414000 Zuweisung vom Land für Personalkosten 245.000 Euro

Hierbei handelt es sich um anteilige Erstattung des Landes für Personalaufwand von im Rahmen der Jugendarbeit eingesetzten Fachberatern.

- 41461000 Zuweisungen aus der Sozial- und Kulturstiftung 279.000 Euro

Die Zuweisungen der Sozial- und Kulturstiftung dienen in erster Linie der Modellförderung gem. § 85 Abs. 2 Ziffer 4 SGB VIII.

Bei den Privatrechtlichen Leistungsentgelten handelt es sich um Entgelte, die von Fortbildungsteilnehmern geleistet werden müssen.

Die ordentlichen Erträge fallen um ca. 190.000 Euro höher aus als ursprünglich geplant.

Dies liegt in folgenden Positionen begründet:

- 41410000 Zuweisung vom Land 150.000 Euro

Die Zuweisung des Landes für Fortbildungsveranstaltungen zum Thema Sprachförderung ist mit Aufwendungen im Jahr 2008 verbunden. Es handelt sich somit um einen zweckgebundenen Ertrag.

- 42850000 Rückzahlung gewährter Hilfen 40.000 Euro

Die Rückzahlung gewährter Hilfen im Bereich Modellförderung kann nicht geplant werden. Im Haushalt 2008 ist aufgrund dessen ein Zweckbindungsvermerk angebracht worden. Die Erträge führen somit auch zu höheren Aufwendungen.

Neben den ordentlichen Erträgen werden in der Teilergebnisrechnung des PB 06 auch Finanzerträge ausgewiesen. Diese hängen mit Rückzahlungen gewährter Hilfen im Rahmen der Modellförderung zusammen und führen zu entsprechenden Aufwendungen.

2.1.2.5 Produktbereich 07 – Gesundheitsdienste und Altenpflege

2.1.2.5.1 Produktgruppe 060 – Rheinische Kliniken und Servicebetriebe

Für die Bewertung der PG 060 in Hinsicht auf Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung des LVR ist der Abgleich zwischen dem Budget und dem tatsächlichen Ist für die Sachaufwendungen zu erwähnen.

Das Sachaufwandbudget wird wesentlich geprägt durch die noch nicht verausgabten Mittel aus diversen Bauprogrammen für die Rheinischen Kliniken (80-Mio-DM-Programm zur Instandhaltung und 100,5-Mio-DM-Programm für die Enthospitalisierung). Dem Budget für den Sachaufwand dieser Bauprogramme in Höhe von 17.949.274,13 Euro stehen lediglich Auszahlungen in Höhe von 1.522.764,35 Euro für 2007 gegenüber.

In den Vorjahren wurden unter kameralen Bedingungen immer die nicht verausgabten Mittel als Rest für das Folgejahr entweder zusätzlich zum Ansatz oder ausschließlich (nach Abschluss der Programme) als Reste im Haushalt veranschlagt. Nach Beratung durch die SAP-Vertreter im NKF Projekt wurden bei der Haushaltsaufstellung 2007 alle Programmmittel konsumtiv veranschlagt. In der Bewirtschaftung selbst wurde jedoch differenziert.

Die Zahlungen, die im Haushaltsjahr 2007 vollzogen wurden, sind in erster Linie Zahlungen für die Instandhaltungsmaßnahmen des 80-Mio-Programms, die von Amt 24 durchgeführt wurden. Bei der Analyse der gezahlten Beträge wird zwar der schleppende Mittelabfluss sichtbar, der sich jedoch nicht erstmalig in dieser Form darstellt und somit keine Besonderheit des Haushaltsjahres 2007 bedeutet. Die Planlaufzeit der Programme ist zwar abgelaufen, die Mittel aber – durch kaum steuerbare Vorläufe, wie Planungs-/Bau-/Einrichtungszeit und auch Teilfinanzierung durch Dritte – konnten noch nicht restlos verwendet werden. An dieser Stelle sei erwähnt, dass für verschiedene Maßnahmen z. B. Standardbettenhaus der RK Düren und Düsseldorf die Zielplanungen noch laufen oder aber Grundsatzbeschlüsse noch ausstehen (RK Viersen), wodurch sich der Zahlungsfluss anders darstellt als prognostiziert wurde.

Des Weiteren stehen im Bereich des 100,5 Mio-Programms noch Abrechnungen von Gewerken aus, die wiederum von der Klinik selbst durchgeführt wurden. Andererseits konnten Maßnahmen auf Grund fehlender Baugenehmigung noch nicht begonnen werden.

Für die Durchführung der noch ausstehenden Maßnahmen wurden Reste in Höhe von rund 16,4Mio Euro beantragt. Diese Restmittel sind bereits projektbezogen verplant.

2.1.2.5.2 Produktgruppe 065 – Altenpflege

Mehrerträge

Mehrerträge von rd. 2,5 Mio. Euro waren im Vorfeld nicht planbar, da zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2007 die Abstimmung mit dem LWL über die endgültige Umlage für das Umlagejahr 2005 noch nicht vorlag. Erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgte auf der Basis der Ist-Kosten beider Landschaftsverbände die Festlegung der endgültigen Umlage; für 2005 führte dies zu einer bei der HH-Planung nicht vorhersehbaren Erstattung durch die Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegedienste in der genannten Höhe.

Rückstellung

Der Aufwand der Altenpflegeausbildung wird durch eine Umlage der Einrichtungen und Dienste der Altenpflege refinanziert. Das bedeutet, dass Erträge aus Vorjahren auch in den Folgejahren im Rahmen von vorzunehmenden Spitzabrechnungen für Auszahlungen zur Verfügung stehen müssen.

Vor diesem Hintergrund ist eine Rückstellung in Höhe von 5.457.800 Euro zu bilden.

2.1.2.5.3 Produktgruppe 061 - Maßregelvollzug

Der Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland als untere staatliche Maßregelvollzugsbehörde ist gemäß §29 Absatz 2 des Maßregelvollzugsgesetz NRW zuständig für die Durchführung von Maßregeln der Besserung und Sicherung in psychiatrischen Krankenhäusern.

Der LVR unterhält in seinen Rheinischen Kliniken Bedburg-Hau, Düren, Köln, Langenfeld und Viersen forensische Fachabteilungen als Einrichtungen des Maßregelvollzug (§2 Maßregelvollzugsgesetz NRW). Das Maßregelvollzugsamt beim LVR koordiniert, steuert und unterstützt die forensischen Fachabteilungen bei dieser Aufgabe. Die zentrale Aufgabenstellung ist die Behandlung der uns anvertrauten Patienten mit dem Ziel, dass sie ein Leben in der Gesellschaft führen können und nicht erneut straffällig werden.

Durch die Einführung von NKF und der damit verbundenen internen Leistungsverrechnung wird jedoch sichtbar, dass die kompletten Aufwendungen nicht durch die Erträge, die das Land NRW dazu zur Verfügung stellt, gedeckt werden. Somit stellt dies ein umlagerrelevantes Thema dar, welches zukünftig Beachtung findet.

2.1.2.6 Produktbereich 15 – Wirtschaft und Tourismus

2.1.2.6.1 Produktgruppe 073 – Beteiligungen

Aus den wirtschaftlichen Beteiligungen sind dem LVR im Haushaltsjahr 2007 Erträge von rund 15,9 Mio. Euro zugeflossen. Wesentliche Ertragspositionen sind hierbei die Gewinnausschüttung der Provinzial Rheinland Holding, die unverändert zum Vorjahr 8,77 Mio. Euro betrug, sowie die 6,4 Mio. Euro hohe Dividendeneinnahme aus den zum Stichtag gehaltenen 2.055.201 RWE AG Stammaktien.

Nach Generierung dieses Dividendenertrages wurden zum 01.10.2007 im Rahmen eines Wertpapieroptionsgeschäftes 269.011 RWE AG Stammaktien zu einem Nennwert von 68,96 Euro / Aktie veräußert.

Die direkte Beteiligung an der WestLB AG hat sich im Haushaltsjahr 2007 mit Zahlung der 4. und damit vorletzten Tranche der Stillen Einlage um 39.171 WestLB AG Aktien der Gattung A erhöht. Der Gesamtbestand an WestLB AG Aktien beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 117.513 Stück und damit auf 0,52 % des gezeichneten Kapitals der WestLB AG. Unter Berücksichtigung der mittelbaren Beteiligung über die NRW.BANK beträgt die LVR-Beteiligung an der WestLB AG 6,02 %.

Aufgrund der Entwicklungen bei der WestLB AG wurde zum 31.12.2007 eine insgesamt 8,6 Mio. Euro hohe Wertberichtigung auf den Buchwert der direkt gehaltenen WestLB AG Aktien und bestehenden Forderungen aus der 5. Tranche der Stillen Einlage vorgenommen.

Darüber hinaus wurde mit Beschluss des Landschaftsausschusses des LVR vom 15.02.2008 der Eckpunktevereinbarung zur Zukunftssicherung der WestLB AG zugestimmt. Der LVR beteiligt sich demnach mit 120 Mio. Euro an kapitalstärkenden Maßnahmen der Eigentümer der WestLB AG von insgesamt 2,0 Mrd. Euro.

Der Landschaftsverband Rheinland ist aus einer Ausgleichsvereinbarung im Innenverhältnis aus der Wertgarantie des Landes NRW für den Wert der WestLB-Beteiligung bei der NRW.BANK aus 2004 verpflichtet. Die Wertsicherung wird bis heute außerbilanziell behandelt.

Dem gegenüber wird der Anspruch der NRW.BANK auf Verzinsung einer entstehenden Wertdifferenz bilanziell behandelt. Dieser Sachverhalt ist mit Vorlage des Prüfungsberichtes zum Jahresabschluss 31.12.2007 am 26.02.2008 erstmalig bekannt geworden. Im Anhang des Jahresabschlusses wird unter „Sonstige Vermögensgegenstände“ darüber berichtet.

Rechnerisch ergibt sich daraus zum 31.12.2007 eine anteilige Verpflichtung des Landschaftsverbandes Rheinland in Höhe von 3.772.820 Euro. Dementsprechend wurde zum 31.12.2007 eine Rückstellung für drohende Verluste in Höhe von 3.780.000 Euro gebildet.

2.1.2.7 Produktbereich 16 – Allgemeine Finanzwirtschaft

2.1.2.7.1 PG 048 – Allgemeine Finanzwirtschaft

Die Schlüsselzuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen und die Landschaftsumlage stellen wesentliche Elemente der Produktgruppe 048 dar. Gegenüber dem Jahr 2006 sind die Schlüsselzuweisungen um rd. 11 % von 207.184.577 Euro auf 228.615.923 Euro gestiegen. Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung stiegen die Umlagegrundlagen gegenüber dem Jahr 2006 im Jahr 2007 um rd. 11,7 %. Der Hebesatz der Landschaftsumlage wurde gegenüber dem Jahr 2006 um 0,6 % von 17,1 % auf 16,5% gesenkt.

Mehrere Mitgliedskörperschaften haben gegen den Festsetzungsbescheid des LVR Widerspruch eingelegt. Es besteht die Absicht gegen den ablehnenden Widerspruchsbescheid des LVR Klage vor dem zuständigen Verwaltungsgericht zu erheben. Aus Gleichbehandlungsgründen und ohne Vorliegen einer Rechtspflicht wird der LVR das Ergebnis eines eventuellen Rechtsstreits für alle und nicht nur für die widerspruchsführenden Mitgliedskörperschaften gelten lassen. Im Jahresabschluss 2007 wurde deshalb eine Rückstellung für drohende Verluste aus laufenden Verfahren in Höhe von 17,9 Mio. Euro gebildet.

Ende des Haushaltsjahres 2005 bestand beim LVR mit rd. 711 Mio. Euro ein Höchststand bei den Investitionskrediten.

Der Innenminister (IM) hat bereits in der Konsolidierungsvereinbarung im Nachgang zu seinem Erlass zum Haushalt 2005 darauf hingewiesen, dass als Konsolidierungsziel eine Entschuldung bis 2008 um insgesamt 100 Mio. Euro erfolgen soll. Mit dem Genehmigungserlass zum Haushalt 2006 hat der IM wiederum auf die besonders hohe Verschuldung hingewiesen und eine Rückführung der Verschuldung als nachhaltigen Faktor der Haushaltskonsolidierung gefordert. Auch in seinem Erlass zum Haushalt 2007 zeigte er sich überzeugt davon, dass eine Rückführung der Verschuldung um insgesamt 100 Mio. Euro bis 2009 möglich ist und vom LVR bis dahin geleistet werden kann.

Aufgrund besonderer Sparanstrengungen und der positiven Haushaltsentwicklung ist es im Jahr 2006 gelungen, die Verschuldung um rd. 38 Mio. Euro auf rd. 673 Mio. Euro zu reduzieren.

Im Jahr 2007 konnte die Verschuldung um weitere rd. 62 Mio. Euro auf nunmehr rd. 611 Mio. Euro reduziert werden. Das aufgezeigte Ziel konnte somit bereits jetzt erreicht werden!

Ziel des LVR bleibt weiterhin, den in 2006 begonnenen Entschuldungsprozess kontinuierlich fortzusetzen.

2.2 Vermögens- und Kapitalrechnung

2.2.1 Aktiva

Aktiva	31.12.2007 €		01.01.2007 €	
1. Anlagevermögen	2.145.416.917	80,65%	2.157.528.515	83,38%
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	6.372.322	0,24%	7.398.347	0,29%
1.2 Sachanlagevermögen	739.151.740	27,78%	733.981.933	28,36%
1.3 Finanzanlagevermögen	1.399.892.854	52,63%	1.416.148.235	54,73%
2. Umlaufvermögen	506.655.511	19,04%	423.209.554	16,35%
2.1 Vorräte	533.043	0,02%	439.633	0,02%
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	360.243.671	13,54%	350.294.659	13,53%
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	22.442.812	0,84%	55.425.158	2,14%
2.4 Liquide Mittel	123.435.985	4,64%	17.050.104	0,66%
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	8.209.357	0,31%	6.949.470	0,27%
Bilanzsumme	2.660.281.785	100,00%	2.587.687.539	100,00%

Die Bilanzsumme ist zum 31.12.2007 gegenüber dem 01.01.2007 um 72 Mio. Euro auf 2.660 Mio. Euro gestiegen. Die Erhöhung der Bilanzsumme auf der Aktivseite ist überwiegend durch den Anstieg der liquiden Mittel begründet.

2.2.1.1 Anlagevermögen

Die Verringerung des Anlagevermögens von 83,38 % auf 80,65% resultiert überwiegend aus der höheren Bilanzsumme. Der Wert des Anlagevermögens ist nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr.

Die Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie der Abschreibungen wird im Einzelnen im Anlagenspiegel dargestellt.

Im Haushaltsjahr 2007 ergab sich folgende Entwicklung bei den Sachanlagen:

	Anschaffungswerte in Euro	Buchrestwerte in Euro
Stand 01.01.2007	760.428.857	733.981.932
Zugänge 2007	32.602.565	32.602.565
Zwischensumme	793.031.422	766.584.497
Abgänge 2007	8.925.826	8.925.826
Jahresabschreibung 2007		18.506.931
Kumulierte Abschreibungen	44.953.856	
Stand 31.12.2007	739.151.740	739.151.740

Die Veränderungen im Finanzanlagevermögen sind insbesondere auf eine 8,6 Mio. Euro hohe Wertberichtigung auf den Buchwert der direkt gehaltenen WestLB AG Aktien sowie den Verkauf von RWE AG Stammaktien (18,5 Mio. Euro) zurückzuführen.

2.2.1.2 Umlaufvermögen

Das Vorratsvermögen ist mit 0,02% der Bilanzsumme unbedeutend. Die Reduzierung der kurzfristigen Forderungen um 22 Mio. Euro ist überwiegend durch den Abbau der Wertpapiere des Umlaufvermögens (-33 Mio. Euro) begründet.

2.2.2 Passiva

Passiva	31.12.2007 €		01.01.2007 €	
1. Eigenkapital	595.016.378	22,37%	555.908.129	21,48%
2. Sonderposten	315.634.346	11,86%	304.362.209	11,76%
3. Rückstellungen	631.536.801	23,74%	577.662.580	22,33%
2.1 Pensionsrückstellungen	463.080.000	17,41%	449.365.580	17,37%
2.2 Instandhaltungsrückstellungen	10.860.000	0,41%	13.150.000	0,51%
2.3 Sonstige Rückstellungen	157.596.801	5,92%	115.147.000	4,45%
4. Verbindlichkeiten	1.110.416.475	41,74%	1.143.799.768	44,20%
5. Passive Rechnungsabgrenzung	7.677.785	0,29%	5.954.853	0,23%
Bilanzsumme	2.660.281.785	100,00%	2.587.687.539	100,00%

Die Erhöhung der Bilanzsumme ist auf der Passivseite durch die Erhöhung des Eigenkapitals und der Rückstellungen begründet.

2.2.2.1 Eigenkapital

Das Eigenkapital hat sich von 21,48 % auf 22,37 % verbessert. Maßgeblich hierfür ist der Jahresüberschuss in Höhe von 31,9 Mio. Euro.

<u>Eigenkapital</u>	31.12.2007	01.01.2007
1.1 Allgemeine Rücklage	375.353.782,59 €	370.605.419,43 €
davon zweckgebundene Deckungsrücklage	29.919.008,66 €	
1.3 Ausgleichsrücklage	187.676.891,30 €	185.302.709,72 €
1.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	31.985.704,14 €	
	595.016.378,03 €	555.908.129,15 €

Die Veränderungen der allgemeinen Rücklage und der Ausgleichsrücklage sind unbedeutend. Sie sind zurückzuführen auf erforderliche Berichtigungen der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007. Diese Berichtigungen erfolgen nach den gesetzlichen Vorschriften erfolgsneutral, d.h. ohne Berührung der Ergebnisrechnung.

Es handelt sich saldiert um Eigenkapitalverbesserungen in Höhe von 7,1 Mio. Euro. Davon entfallen 2,3 Mio. Euro auf die Ausgleichsrücklage.

2.2.2.2 Sonderposten

Der Wert der Sonderposten hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 11,3 Mio. Euro auf 315,6 Mio. Euro erhöht (01.01.2007: 304,3 Mio. Euro).

In der Position "Sonderposten" werden einerseits Beträge ausgewiesen, die der Landschaftsverband Rheinland für einen festgelegten Verwendungszweck (z.B. Erstellung oder Erwerb eines Anlagegutes) von Dritten erhalten hat.

Zum anderen sind dort „Sonstige Sonderposten“ für die Ausgleichsabgabe in Höhe von 169,3 Mio. Euro ausgewiesen. Durch diese Systematik wird sichergestellt, dass die Ausgleichsabgabe separat und ausgeglichen dargestellt wird. Der „Sonstige Sonderposten“ stellt damit quasi das Eigenkapital der Ausgleichsabgabe dar.

2.2.2.3 Rückstellungen

Die Rückstellungen erhöhten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 53,8 Mio. Euro auf 631,5 Mio. Euro (01.01.2007: 577,7 Mio. Euro) .

Veränderungen wesentlicher Rückstellungssachverhalte:

	Stand 01.01.2007	Stand 31.12.2007	Veränderung
	in Mio. Euro		
Pensionsrückstellungen	443,1	456,1	13,0
Rückstellungen für Altersteilzeit	6,2	6,9	0,7
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	13,1	10,9	-2,2
Rückstellungen für Rückstände	37,9	43,8	5,9
Rückstellungen für drohende Verluste	37,6	40,7	3,1
Rückstellungen für Prozessrisiken	21,3	48,2	26,9

Wesentliche Änderungen waren bei folgenden Rückstellungsarten zu verzeichnen:

Pensionsrückstellungen: + 13 Mio. Euro

Hier ist hauptsächlich die Erhöhung der Beamtenbesoldung um 2,9% als Ursache heranzuziehen, die am 29.12.2007 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde und somit bei der Rückstellungsberechnung zu berücksichtigen war.

Rückstellungen für Prozessrisiken: + 26,9 Mio. Euro

Diese Erhöhung ergibt sich hauptsächlich aus der Risikovorsorge hinsichtlich der möglichen finanziellen Auswirkungen anhängiger Gerichtsverfahren durch Festlegungen im Rahmen des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes.

Rückstellungen für Rückstände in der Sozialhilfe sowie der Kriegsofopferfürsorge: + 5,9 Mio. Euro

Da z.B. die Sozialhilfe schon bei Antragsstellung zu gewähren ist, also u.U. bereits bevor eine abschließende Bearbeitung erfolgte, ist dafür eine Rückstellung zu bilden. Die Erhöhung ergibt sich aus den Fallzahlsteigerungen im abgelaufenen Geschäftsjahr.

2.2.2.4 Verbindlichkeiten

Bei den Verbindlichkeiten konnten vor allem die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erheblich reduziert werden. Neue langfristige Darlehen wurden nicht aufgenommen.

Insgesamt verringerten sich die Verbindlichkeiten um 32 Mio. Euro auf 41,74 % der Bilanzsumme.

2.3 Finanzrechnung

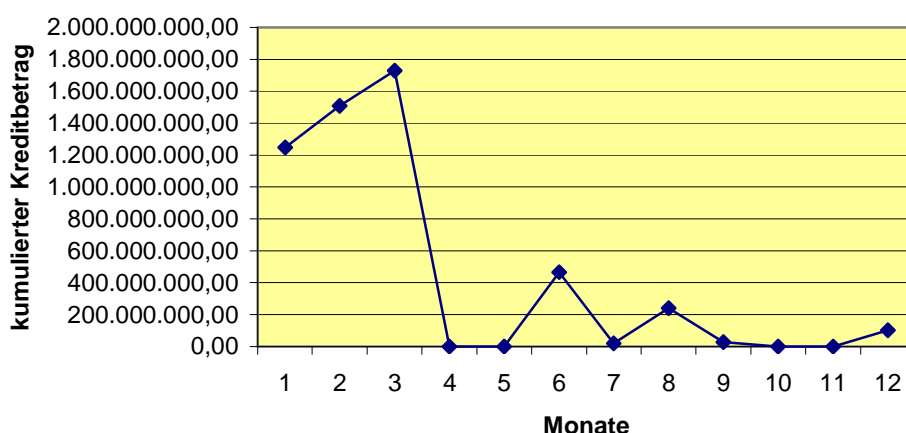
Darstellung und Erläuterung des Liquiditätsüberschusses bzw. der Liquiditätsunterdeckung

Der Landschaftsverband Rheinland war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen rechtzeitig nach zu kommen. Hierzu wurden insgesamt eigene Mittel eingesetzt, die überwiegend auch zeitgerecht zur Verfügung standen. Zur kurzzeitigen Überbrückung von Zeiten ohne ausreichende eigene Mittel konnten aufgrund von Vereinbarungen mit den Geschäftsbanken und Sparkassen mit taggleicher Valuta Liquiditätskredite in Höhe der eingeräumten Kreditlinien abgerufen werden.

In den Monaten Januar bis März hat sich der Liquiditätsbedarf jeweils vom Monatsanfang bis zur Zahlung der Landschaftsumlage am 15. ergeben. In den Folgemonaten stand im Wesentlichen ausreichende Liquidität im Monatsdurchschnitt zur Verfügung, weil einerseits die Einzahlungen aus Landschaftsumlage an den in der Haushaltssatzung festgesetzten Hebesatz angepasst wurden und andererseits die GFG Mittel zugeflossen sind.

Im Berichtszeitraum wurden an insgesamt 87 Kalendertagen zur Deckung seines Liquiditätsbedarfs kumuliert 5.342.050.000,00 Euro Liquiditätskredite in Anspruch genommen. Der Höchstbetrag des an einem Tag aufgenommenen Liquiditätskredits macht 129.600.000,00 Euro am 14.03.2007 aus.

Liquiditätskredite in 2007

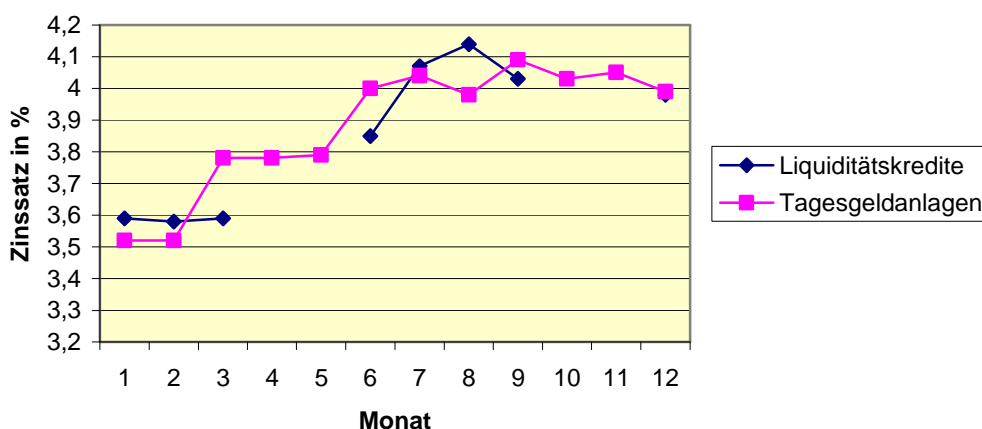


Für die Inanspruchnahme der Liquiditätskredite mussten insgesamt 540.590,71 Euro Zinsen gezahlt werden. Die Zinssätze für Liquiditätskrediten haben sich von 3,59 % im Januar über 4,14 % im August zu 3,98 % im Dezember entwickelt. Der durchschnittliche Zinssatz für Liquiditätskredite im Jahr 2007 beträgt 3,85 %.

Diesem Zinsaufwand steht ein Zinsertrag für die Anlage von Liquiditätsüberschüssen von insgesamt 2.994.972,98 Euro gegenüber.

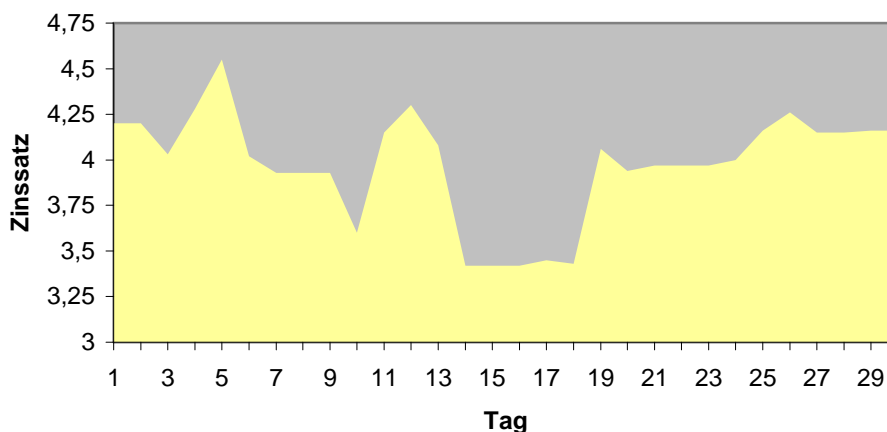
Die kumulierten Liquiditätsüberschüsse von 24.834.065.851,86 Euro sind jeweils in der zweiten Monatshälfte nach Eingang der Landschaftsumlage entstanden. Die Zinssätze für Tagesgeldanlagen haben sich von 3,52 % im Januar über 4,09 % im September auf 3,99 % im Dezember entwickelt. Der durchschnittliche Zinssatz für Tagesgeldanlagen im Jahr 2007 beträgt 3,88 %.

Entwicklung der Durchschnittzinssätze in 2007



Die Zinssätze für Liquiditätskredite und Tagesgeldanlagen haben sich bedingt durch die vom US-Hypothekenmarkt ausgehenden Vertrauenskrise auf dem Geld- und Kreditmarkt bei seit dem 13.06.2007 unveränderten Leitzinsen der EZB als im Monatsdurchschnitt relativ stabil, im Tagesvergleich jedoch als schwankend erwiesen. Die Tagesgeldsätze für den Monat September 2007 belegen diese Aussage.

Entwicklung der Zinssätze für Tagesgeld im September 2007



Forderungsmanagement

Beeinflusst wird die Liquidität u.a. auch von der Zahlungsmoral. Das Forderungsmanagement der Finanzbuchhaltung des LVR konnte im Jahr 2007 rund 78% der Mahnungen im Rahmen von Geldeingängen oder nach Klärung durch Absetzung erledigen. Zur Vollstreckung sind 2007 Aufträge in einem Gesamtvolumen von 867.590,- Euro gelangt; davon konnten 754.085,- Euro realisiert werden, was einer Realisierungsquote von 86,92 % entspricht.

Vergleich Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 – Bilanz zum 31.12.2007

	Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007	Bilanz zum 31.12.2007
Liquide Mittel	17.050.103,86	128.309.491,99
Kurzfristige Verbindlichkeits- quote	18,39	18,54

Den in der Bilanz zum Stichtag 31.12.2007 ausgewiesenen liquiden Mitteln von 128.309.491,99 Euro stehen Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung von 122.971.123,16 Euro gegenüber. Mit dem Ausweis der Kredite aus Liquiditätssicherung wird der im letzten Kontoauszug des Jahres 2007 belegte Kontostand aufgrund der bereits beauftragten Auszahlung der Sozialhilfeleistungen berücksichtigt. Die valutengerechte Belastung erfolgte erst zum 02.01.2008.

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind

Insbesondere im Zusammenhang mit der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligung an der WestLB AG sind nach dem Bilanzstichtag Entwicklungen eingetreten, die eine Berücksichtigung von Wertberichtigungen bzw. Drohverlustrückstellungen im Jahresabschluss erforderlich machten. Im Einzelnen sei verwiesen auf die Ausführungen zur PG 073 „Beteiligungen“ (S. 34).

C. Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Landschaftsverbandes Rheinland

1. Grundlegendes

Entsprechend der Entscheidung der Verwaltungsspitze, ein Risikomanagementsystem beim LVR zu installieren, wurde eine derzernatsübergreifende Arbeitsgruppe zum Aufbau eines Risikomanagementsystems beim LVR eingerichtet.

Das Zentrale Controlling, die Gesamtprojektleitung NKF, die Finanzbuchhaltung, die Aufsicht über die Finanzbuchhaltung, das Rechnungsprüfungsamt sowie die zum 01.03.2007 neu eingerichtete Abteilung Innenrevision (14.30) sind in dieser Arbeitsgruppe tätig geworden.

Die Arbeitsgruppe verfolgte das Ziel, die jeweiligen Bestandteile und Entwicklungen in ein Gesamt-Risikomanagement beim LVR, das der Unterstützung der Verwaltungsspitze bei der Steuerung dienen soll, aufzunehmen. Die Chancen und Gefahren der Verwaltungsführung sollen noch besser berechen- und steuerbar gemacht werden.

Das Risikomanagementsystem beim LVR besteht aus drei großen Bestandteilen, die eine Art Kreislaufsystem darstellen:

- das Controlling
- das Risikofrüherkennungssystem sowie
- das Interne Überwachungssystem.

1.1. Controlling:

Der Erste Landesrat (ELR) des LVR hat die Kämmerei 2004 beauftragt, ein Zentrales Controlling als Steuerungsinstrument unter Beachtung von Schwerpunkten für den LVR zu erarbeiten. Wesentliche Komponente dieses Zentralen Controllings ist ein einheitliches Berichtswesen mit relevanten Informationen für eine wirtschaftliche Steuerung.

Im Wesentlichen setzt sich das Controlling im LVR aus einem Dezernatscontrolling und dem Zentralen Controlling zusammen:

- Das Dezernatscontrolling besteht aus Controllern der verschiedenen Fachbereiche. Sie vertreten die Belange des Fachbereiches und sind zuständig für den Aufbau von Controllingstrukturen in den jeweiligen Fachbereichen zur Unterstützung der dezentralen Fach- und Ressourcenverantwortung.
- Die dezentrale Führungsphilosophie erfordert eine zielgerichtete Steuerung und Koordination der unternehmerischen Aktivitäten aller Dezernate. Das Zentrale Controlling übernimmt daher das Controlling aus der Sicht des gesamten LVR.

Strategie des Zentralen Controllings ist es, als Bestandteil eines Führungsinformationssystem (F I S) für die Verwaltungsspitze die zentralen Steuerungsgrößen zu definieren und im Controllingprozess mit Inhalten zu füllen. Die Steuerungsgrößen leiten sich u. a. aus dem Zielsystem des NKF-Haushaltes ab und sind Reportinggrundlage im Controllingprozess für die Verwaltungsspitze. Wesentliche Komponente des F I S ist somit die Entwicklung eines einheitlichen abgestuften Berichtswesen, um gegenüber der Führung eine Servicefunktion wahrzunehmen.

Der Aufbau des Zentralen Controllings ist dezernatsweise nach den Controlling-Modulen Ergebnis-Controlling, Personalkosten-Controlling, Produkt-Ziel-Controlling und Spezielle Controlling-Bereiche (bspw. Beteiligungen, Wechselausstellungen, inklusive des erforderlichen Planungs- und Kontrollsystems) auf abgestimmte Schwerpunkte hin ausgerichtet. Abgeleitet aus dem Zielsystem sind Leistungen des LVR in Produktbereiche, Produktgruppen und Produkte eingeteilt. Für die einzelnen Bereiche sind Erfolgsfaktoren zur Steuerung und Überwachung festgelegt.

Ausgangspunkt des Controlling sind Pläne als Ergebnisse der operativen Planung (bspw. Haushaltsplanung oder Planung des Personalkostenbudget). Auf die detailliert ausgestalteten Haushalts- oder Budgetplanungen und den unterjährigen Controllingaktivitäten soll an dieser Stelle nur hingewiesen werden (vgl. bspw. Budgetierungsregeln zu Personalkosten oder die Vorgaben zur Haushaltsplanung und -Bewirtschaftung).

Innerhalb der Co-Module dokumentieren Co-Berichte Plan- / Zielgrößen je Verantwortungsbereich. Sie stellen das prognostizierte voraussichtliche Ergebnis dar und liefern notwendige Informationen bzgl. Abweichungsgrößen und Ursachen. Damit eröffnen sie Möglichkeiten zur Entwicklung und Einleitung von Gegensteuerungsmaßnahmen.

Voraussetzungen und Informationsgrundlage des Controllings sind qualitätsgesicherte monetäre Daten u. a. aus dem Rechnungswesen und der Kosten-Leistungsrechnung des integrierten SAP / R3 CO-Modul. An dieser Stelle soll auf eine Beschreibung der KLR verzichtet werden.

Ein weiterer Schwerpunkt des Controlling sind die eigentlichen Leistungen des LVR. Hier liegt eine besondere Schwierigkeit und Anforderung an das Controlling, da die Leistungsdaten vielfach nicht aus qualitätsgesicherten und allgemein zu Verfügung stehenden DV-Systemen stammen. Oftmals sind zeitintensive Zusatzarbeiten (bspw. manuelle Erhebungen oder Nebenrechnungen) im Fachbereich/ Dezernatscontrolling notwendig, um die geforderten Leistungsdaten bspw. für Prognosen zu generieren.

Vor diesem Hintergrund ist dem Zentralen Controlling eine eigenständige, vollständige und abschließende Bewertung über Controlling-Sachverhalte grundsätzlich nur auf monetären Daten und deren Veränderungen möglich.

Die dezentrale Fach- und Ressourcenverantwortung bedeutet, dass jeder am Prozess Beteiligte die Verantwortung für das Ergebnis und die Qualität seiner Arbeit übernimmt. Controllingaufgaben entstehen somit auf allen Ebenen im LVR und sind dort wahr zu nehmen.

Daraus ergibt sich für das Zentrale Controlling eine weitere Strategie. Kern dieser Strategie ist Prävention in Form von frühzeitigem Aufdecken von Schwachstellen und das permanente Vorbringen von Verbesserungsvorschlägen im direkten Kontakt mit allen Betroffenen. Der Schwerpunkt muss auf einer vielfältigen und offenen Kommunikation liegen, um so die Beteiligten in der Verwaltung für den vielschichtigen Controlling-Prozess zu gewinnen. Eine Formalisierung des Prozesses hat dabei eine Art "Beschleuniger-Funktion".

1.2 Risikofrüherkennungssystem:

Ziel ist die Beobachtung interner und externer Sachverhalte sowie deren Bewertung aus Chancen- und Gefahren/Risikosicht und damit die Möglichkeit des frühzeitigen Erkennens von Chancen- und Risikopotentialen. Dies muss bereichsspezifisch erfolgen (Dezernate) und ist eine strategische Führungsaufgabe (Landesdirektor, Landesrätinnen/Landesräte).

Eine diesen Merkmalen entsprechende Handlungshilfe für die Dezernatsleitungen ist von der Arbeitsgruppe Risikomanagement entwickelt und zwischenzeitlich von der Verwaltungsspitze genehmigt worden. Die Versendung dieser Handlungshilfe mit einem Anschreiben zur Notwendigkeit der systematischen Erfassung von Chancen- und Risikopotentialen ist erfolgt. Die regelmäßige Berichterstattung der Dezernatsleitungen an die zuständige Stelle in Dez. 2 soll erstmalig zum 30.06.2008 erfolgen und dort nach Auswertung in den Gesamtcontrollingbericht integriert werden.

1.3 Internes Überwachungssystem:

Ziel ist die Entdeckung bereits bestehender Risiken, deren Eintritt/Entstehung aus der Nichtbeachtung von Vorschriften folgt.

Hierzu müssen als ein Bestandteil Interne Kontrollsysteme (IKS) in den Dezernaten weiter aufgebaut und wahrgenommen werden (Kontrolle der Geschäftsprozesse in organisatorischer, dv-technischer, persönlicher, rechtlicher Hinsicht). Ein weiterer Bestandteil ist die Aufgabenwahrnehmung der Internen Revision. Ihr fällt neben ihrem grundsätzlichen Bereich der Prüfung auf Ordnungsmäßigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit und Zuverlässigkeit sowie der Überwachung der Einhaltung gesetzlicher oder interner (Mindest-)Normen hier im Rahmen des Risikomanagementbestandteils die Aufgabe der Kontrolle der Existenz und Effizienz der IKS zu.

Der Aufbau von IKS ist in den Fachbereichen des LVR in erheblichem Maße fortgeschritten. Die Innenrevision hat eine LVR-weite Abfrage der bestehenden IKS bezogen auf Geschäftsprozesse durchgeführt und die Ergebnisse zusammengefasst. Zukünftig wird eine Auswertung der Erhebung ebenso erfolgen wie die systematische und konkrete Prüfung der IKS im Hinblick auf Existenz- und Effizienzmerkmale.

2. Einzelne Chancen und Risiken

Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten wurden die Fachbereiche gebeten, eine erste kurze Einschätzung zu den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des Landschaftsverbandes Rheinland aus der Sicht des jeweiligen Aufgabenbereiches zu geben.

Bei den Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage handelt es sich z.B. um

- Risiken in der allgemeinen Entwicklung des Landschaftsverbandes Rheinland
- politische und rechtliche Risiken
- Wechselkurs- und Zinsrisiken
- operative und strategische Risiken
- finanzielle Risiken
- Chancen und Risiken aus Verträgen, Bürgschaften oder Beteiligungen.

2.1 Querschnittsdezernate

Das Jahr 2007 war, insbesondere im letzten Quartal, von deutlichen Verwerfungen an den Finanzmärkten geprägt. Dies führte zeitweise zu einer "inversen" Zinsstruktur, d.h., dass für Kredite mit kurzfristigen Laufzeiten höhere Zinssätze zu zahlen waren, als für langfristige Kredite. So war beispielsweise für Geldmarktzinssätze eine Verteuerung im Jahresverlauf von über 100 Basispunkten zu verzeichnen.

Das Portfolio des LVR war von diesen Entwicklungen nicht betroffen. Zum einen gab es im Jahr 2007 keine Neuaufnahmen von Krediten, im Gegenteil, es wurden sogar netto Schulden abgebaut. Zum anderen wurden die bestehenden variablen Finanzierungen bereits frühzeitig mit Zinssicherungsgeschäften abgesichert, so dass der Zinsanstieg keine negativen Auswirkungen auf das Portfolio des LVR hatte.

Für 2008 wird derzeit ein etwas schwächeres Weltwirtschaftswachstum erwartet. Wichtig wird insbesondere, ob und wie sich die immer noch aktuellen Turbulenzen auf die Realwirtschaft auswirken. Auch die Inflationsaussichten hängen stark von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ab. Diese hat wiederum erheblichen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen.

Derzeit ist mit gleich bleibenden Zinsen zu rechnen, ab dem dritten bzw. vierten Quartal könnten je nach Entwicklung auch Zinssenkungen zu verzeichnen sein.

Auch für 2008 sind keine neuen Darlehensaufnahmen beim LVR eingeplant. Die zu prolongierenden Darlehen in Höhe von ca. 18,5 Mio. Euro wurden im Rahmen des Schuldenmanagements bereits zur Hälfte mit Finanztermingeschäften zu einem Zinssatz unter aktuellem Marktniveau gesichert. Somit sind auch für 2008 keine nachhaltigen Verwerfungen im Portfolio des LVR zu erwarten.

Für den Bereich der Zahlungsabwicklung lag die Durchschnittsverzinsung für kurzfristige Kassenkredite im Jahr 2007 bei 3,84%, die Verzinsung für kurzfristige Geldanlagen bei 3,88%; nach den bisherigen Einschätzungen ist 2008 eher mit einem gleich bleibenden Zinsniveau bis hin zu einer Zinssenkung zu rechnen.

Im Bereich des Forderungsmanagements/Mahnwesens konnten aufgrund des neu konzipierten Mahnwesens 2007 rund 78% der Mahnungen im Rahmen von Geldeingängen oder nach Klärung durch Absetzung erledigt werden. Beim Forderungsmanagements/Vollstreckung sind 2007 Vollstreckungsaufträge in einem Gesamtvolumen von 867.590,-- Euro eingegangen; davon konnten 754.085,-- Euro realisiert werden, was einer Realisierungsquote von 86,92 % entspricht. Aufgrund der neu eingeführten Vollstreckungssoftware soll der hohe Beitreibungserfolg auch in 2008 weiter beibehalten werden.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat der LVR keine neuen Finanzierungsgeschäfte mit Derivaten getätigt. Im Portfolio befanden sich zum 31.12.2007 noch 4 Swap-Geschäfte mit einem unterlegten Nominalvolumen von 50,65 Mio. Euro. Den Zinserträgen aus diesen Geschäften in Höhe von 103.565 Euro stehen Zinsaufwendungen von 183.336 Euro gegenüber.

Das Risiko aus diesen noch bestehenden Geschäften ist klar definiert und wurde durch den Abschluss von Zinssicherungsgeschäften begrenzt, so dass sich für das Geschäftsjahr 2008 im ungünstigsten Fall ein Aufwand von ca. 100.000 Euro ergeben könnte.

Für die im Zusammenhang mit dem Beteiligungsmanagement bestehenden Risiken hinsichtlich des Finanzanlagevermögens wurden soweit erkennbar entsprechende Rückstellungen gebildet. Gleiches gilt für die bestehenden Risiken im Zusammenhang mit der Erhebung der Landschaftsumlage.

2.2 Dezernat 7

Die Leistungen der Produktgruppe 17 bilden in finanzieller Hinsicht den bedeutendsten Bereich des Haushaltes des LVR.

Die Entwicklung der Anzahl der leistungsberechtigten Personen aufgrund des so genannten demografischen Faktors – insbesondere bei den Leistungen der Eingliederungshilfe zum Wohnen– beeinflusst die Haushaltsentwicklung im abgelaufenen Haushaltsjahr 2007 maßgeblich, die Erwartung der zukünftigen Entwicklung bildet die Grundlage der Haushaltsplanung 2008 und somit auch der künftigen Entwicklung des LVR in finanzieller Hinsicht. Es wird davon ausgegangen, dass dieser „Fallzahlenanstieg“ aufgrund des demografischen Faktors zukünftig ausschließlich im ambulanten Bereich stattfindet.

In der Haushaltsplanung 2008 sind bei den einzelnen Produkten weitere Faktoren zu nennen, die die erwartete „Fallzahlenentwicklung“ maßgeblich bestimmen:

Im Bereich des stationären Wohnens (A.017.08): Bei konsequenter Umsetzung der Landesrahmenzielvereinbarungen zum Platzabbau bei stationären Wohneinrichtungen wird ein zusätzlicher weiterer Fallzahlrückgang erwartet.

Im Bereich des ambulant betreuten Wohnens (A.017.07): Bei konsequenter Umsetzung der Landesrahmenzielvereinbarung zum Platzabbau bei stationären Wohneinrichtungen wird ein zusätzlicher weiterer Fallzahlzuwachs durch Auszüge aus den Wohnheimen erwartet.

Bei den Menschen mit psychischen Behinderungen, die zunehmend ambulante Leistungen zum Wohnen in Anspruch nehmen, wird eine Fortsetzung der Entwicklung der letzten Jahre angenommen. Die Ursachen dieser Entwicklung werden zur Zeit analysiert.

Im Bereich der Leistungen zur Beschäftigung (A.017.04): Durch den Abschluss und die Umsetzung der Rahmenzielvereinbarung mit den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege und den Werkstätten für behinderte Menschen können u.a. die Beschäftigungsmöglichkeiten für behinderte Menschen auf dem 1. Arbeitsmarkt verbessert werden. Der Einfluss auf die mittel- bis langfristige Entwicklung der Kosten in diesem Bereich ist zur Zeit nicht abschätzbar.

Im Bereich der Krankenhilfe (A.017.06.002) ist ein Risiko in dem Streitverfahren zwischen den Landschaftsverbänden und den örtlichen Sozialhilfeträgern bzgl. der Erstattung der Krankenhilfeaufwendungen für den Personenkreis, der nach § 254 SGB V versichert ist, zu sehen. Hierfür wurden in der Vergangenheit bereits rd. 40 Mio. Euro als Rückstellung eingestellt; der konkrete Umfang der Erstattungsverpflichtung kann erst nach abschließender gerichtlichen Klärung und ggf. Abschluss von entsprechenden Vereinbarungen frühestens zum Ende 2008 ermittelt werden.

Grundsätzlich bergen die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst ein finanzielles Risiko, für 2008 wurden allerdings für die wesentlichen Produkte mit den Leistungsanbietern ein „Nullrunde“ vereinbart.

In der Produktgruppe 035 bildet die altersbedingt rückläufige Entwicklung der Anzahl der leistungsberechtigten Personen einen wesentlichen Einflussfaktor auf die Haushaltsentwicklung. Entsprechend wurde auch die Planung für die weitere Entwicklung daran ausgerichtet.

Im Bereich des Sozialen Entschädigungsrechtes als neue Aufgabe des LVR wird ein Risiko in einer unzureichenden Kostenerstattung des Landes gesehen. Dem vom Gesetz geforderten Aspekt der Konnexität wird aus heutiger Sicht bei einer auf der Basis der Plandaten anzunehmenden Unterdeckung von rd. 2,2 Mio. Euro keinesfalls entsprochen. Inwieweit hier durch die Beschreitung des Klageweges in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem LWL noch eine Verbesserung der finanziellen Situation erreicht werden kann, ist derzeit noch nicht ab-

Landschaftsverband Rheinland

Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2007

Lagebericht

Blatt 50

schätzbar.

2.3 Dezernat 8

2.3.1 Netzwerk Heilpädagogischer Hilfen

Risiko

Die Erlössituation wird gekennzeichnet von gedeckelten bzw. pauschal fortgeschriebenen Budgets. Insbesondere für die Geschäftsjahre 2006 – 2008 wurden die Entgelte eingefroren. Außerdem mussten die Betriebe HPH-Netz Mittelrhein-Ost und HPH-Netz Mittelrhein-West eine Kürzung von 3,3 % gegen sich gelten lassen.

Chance

Aufgrund der deutlich wachsenden Nachfrage ist davon auszugehen, dass die Leistungen im ambulant betreuten Wohnen zu deutlichen Fallzahlsteigerungen führen werden.

2.3.2 Rheinische Kliniken und Servicebetriebe

Risiken

- a) Die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser wird zunehmend schlechter. Die Ursachen liegen in dramatischen Kostensteigerungen, wie der Mehrwertsteuererhöhung, Energiekostensteigerungen sowie den deutlichen Tarifierhöhungen für Klinikärzte. Mit Blick auf die drohenden Tarifauseinandersetzungen für 2008 und die marginale Veränderungsrate von 0,64 % im KHG-Bereich ist von einer nochmaligen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation der Häuser auszugehen. Bei vorsichtiger Schätzung müssen die Rheinischen Kliniken weitere Mehrkosten von ca. 8 Mio. Euro in 2008 bewältigen. Damit steigt die Gefahr, dass über die Rheinische Klinik für Orthopädie hinaus auch weitere Krankenhäuser des LVR defizitäre Jahresergebnisse erwirtschaften werden, mit dem Risiko drohender Trägerverlustausgleiche in den kommenden Jahren.
- b) Die Überlegungen des Gesetzgebers zu einem neuen Finanzierungssystem in der Psychiatrie ab dem Jahr 2009 ff bergen ein weiteres Risiko für die Fachkrankenhäuser des LVR. Eine Entwicklung hin zu einem pauschalierten Vergütungssystem mit einer einführenden Konvergenzphase würde in der Folge zu Veränderungen in der Erlössituation der RK führen, die sich nachteilig auswirken können.

- c) Bedingt durch die zunehmende Wettbewerbssituation im Bereich der Krankenhausversorgung, erhöhte Brandschutzanforderungen sowie einen durch mangelnde Investitionsförderung des Landes bedingten Instandhaltungsstau stehen die Rheinischen Kliniken in der Zukunft vor erheblichen investiven Herausforderungen, die allein durch die erwartete Landesförderung nicht annähernd gedeckt werden können.
- d) Die Festlegung der Modalitäten für die zukünftige Krankenhausinvestitionsfinanzierung erfolgt auf Grundlage einer Rechtsverordnung, deren abschließende Inhalte im einzelnen derzeit noch nicht feststehen. Erste Modellrechnungen auf Grundlage von Angaben des Landes verweisen darauf, dass der LVR für die Rheinischen Kliniken in den nächsten Jahren weniger Investitionsmittel erhalten wird, als im Durchschnitt der vergangenen 10 Jahre.

Chancen

- a) Die Gesundheitsreform 2007 hat die Möglichkeiten der Krankenhäuser zu Entwicklung neuer Versorgungsformen (Integrierte Versorgung, Medizinische Versorgungszentren) und zur Eingehung vielfältiger Kooperationen noch einmal gestärkt. Eine gute Nutzung dieser neuen Möglichkeiten kann die Marktsituation des Krankenhauses hinsichtlich Angebotspalette und Erlössteigerungen deutlich verbessern.
- b) Eine konsequente Umsetzung der Strukturvorschläge aus dem BDO-Gutachten bietet deutliche Chancen für eine Verbesserung der Wettbewerbssituation des Verbundes der Rheinischen Kliniken. Insbesondere die Vorschläge zu einer horizontalen Reorganisation bergen deutliche Synergien durch eine konsequente Nutzung und den weiteren Ausbau der Verbundstärken der LVR - Kliniken, die sich im wirtschaftlichen Ergebnis der einzelnen Klinik niederschlagen werden. Des Weiteren erleichtert eine Umsetzung der Strukturvorschläge die Kooperationsfähigkeit der Kliniken vor Ort erheblich, indem ein klar umrissener Gestaltungsspielraum eingeräumt wird, der zu deutlichen Schnittstellenbereinigungen und damit auch Verkürzungen der Reaktionszeiten führen wird. Dies wird den Standort des Klinikverbundes im Vergleich mit den Mitbewerbern deutlich verbessern.

2.3.3 Maßregelvollzug

Die Finanzsituation im Maßregelvollzug ist seit Jahren dadurch gekennzeichnet, dass die vom Land im Landeshaushalt zur Verfügung gestellten Betriebsmittel gekürzt werden.

Für die Haushaltsjahre 2006, 2007 und 2008 stellt das Land für beide Landschaftsverbände einen Betrag von 181 Mio. Euro pro Haushaltsjahr in den Landeshaushalt ein. Es gibt weder einen Ausgleich für den Anstieg der Patientenzahlen noch für allgemeine Kostensteigerungen.

Für die Haushaltsjahre 2009 folgende ist der Finanzrahmen mit dem Land neu zu vereinbaren.

2.3.4 Psychiatrische Versorgung im Rheinland

Die Förderung von Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) sowie der psychiatrischen Versorgung von Migrantinnen und Migranten sind teils durch Mittel der Sozial- und Kulturstiftung des LVR refinanziert. Erträge durch die Stiftung sind den Schwankungen des Zinsmarktes unterworfen.

2.4 Dezernat 9

Die Aufgabenwahrnehmung im Kultur- und Umweltbereich steht in Abhängigkeit von den im jeweiligen Haushaltsplan bereitgestellten Mitteln.

In einigen Produktgruppen (insbesondere Rheinisches Amt für Bodendenkmalpflege, Kulturamt) besteht eine größere Abhängigkeit von der Gewährung von Landesmitteln. Die Höhe der Landesmittel ist letztlich abhängig von der Finanzsituation des Landes Nordrhein-Westfalen. Hier kann es zu Einschnitten kommen. Insofern ist hier ein Risiko zu verzeichnen. Derzeit liegen allerdings keine Erkenntnisse vor, die eine gravierende Veränderung der Höhe der Zuweisungen erkennen lassen.

Eine Problematik, die fast alle Produktgruppen betrifft, ist die angespannte und sich voraussichtlich weiter verschärfende Budgetsituation, u.a. auch beim Sachaufwandsbudget. Die größten Kostenblöcke in diesem Bereich betreffen den Unterhaltungsaufwand für die Gebäude und Flächen der Liegenschaft.

Steigende Kosten für die Energieversorgung, Bewachungsleistungen und ähnliches müssen produktgruppenintern durch die Budgets aufgefangen werden. Wenn die Budgets jedoch nicht entsprechend angepasst werden können, sind gravierende Einschnitte in der qualitativen und quantitativen Leistungserbringung (auch mit entsprechender negativer Außenwirkung) unumgänglich.

Im Bereich der Medienberatung NRW und des Schulmanagements NRW als Teil des Medienzentrums Rheinland werden Chancen für den LVR gesehen.

Die Medienberatung NRW, seit 2006 auch gemeinsam mit dem LWL, ist inzwischen für alle Fragen der Medienbildung in NRW-Schulen zuständig. Darüber hinaus unterstützt die Medienberatung NRW mit der Aufgabe der „Online Redaktion Lehrerfortbildung“ die Kommunikation und Zusammenarbeit der gesamten Lehrerfortbildung in NRW und hält die zentrale Lehrerfortbildungssuchmaschine vor. Mit dem Projekt Bildungspartner NRW im Rahmen der Medienberatung NRW werden auf der kommunalen Ebene Zusammenarbeit und Unterstützung kommunaler Einrichtungen mit Schulen initiiert und koordiniert. Das Schulmanagement NRW entwickelt zentral für ganz NRW die neue Qualifizierung und Auswahl der Schulleitungen der 6.800 Schulen in NRW.

Zur Zeit gibt es Signale und erste Gespräche, wie diese Aufgaben weiterentwickelt oder sogar ausgebaut werden sollen.

Für das Max-Ernst-Museum (MEM) muss auf bestehende Risiken hingewiesen werden:

Mit Rahmenvertrag hat sich der LVR bereit erklärt, die durch den Betriebskostenzuschuss der Stadt Brühl und der Kreissparkasse Köln nicht gedeckten Betriebskosten des MEM ab dem 01.01.2007 zu übernehmen. Ab dem 01.01.2007 wurden die Betriebskosten unmittelbar über den LVR abgerechnet. Für die Zeit vom 01.01. bis 30.06.2007 muss noch ein Ausgleich erfolgen. Da der Abschluss der MEM GmbH zum 30.06.2007 noch nicht vorliegt, kann hier nicht abschließend gesagt werden, inwieweit die im Haushalt des LVR eingestellten Mittel auch ausreichend sind. Zudem enthält der Rahmenvertrag eine Regelung zur Übernahme einer möglichen Betriebskostenunterdeckung für das Jahr 2006. Da auch hier ein Jahresabschluss der MEM GmbH für 2006 noch nicht vorliegt, kann noch nicht abschließend festgestellt werden, ob hierfür weitere Mittel notwendig werden. Im Haushalt sind keine weiteren Mittel eingestellt worden.

Die finanziellen Auswirkungen der derzeitigen Diskussion über weitere Netzwerkpartner (Zinkhütter Hof, Bademuseum Zülpich, Vogelsang, etc.) stehen im Hinblick auf die künftige Entwicklung des Transferaufwandes noch nicht fest.

3. Angaben nach § 95 Abs. 2 GO NRW

Die Angaben sind aus der Anlage 1 und der Anlage 2 zum Lagebericht ersichtlich.